
Prof. Manfred Güllner

Politik contra Bürger - Erreicht Politik noch den Bürger?

Was können denn die **Leitmedien** (wie **DER SPIEGEL**)
dazu sagen?

Dort (im „SPIEGEL“) war zu lesen:

➔ „Die Rechten sind wieder wer“ weil sie „parteiverdrossene Demokraten“ mit rechtsextremen „Heimatlosen“ vereinen

Enttäuschte „ehemalige Unionswähler, alte Nationalliberale (und) Rotwähler aus den sozial gebeutelten Arbeitervierteln“ fordern:

➔ „raus mit Ausländern“

➔ „raus aus der Europäischen Union“

➔ „Stopp des Ausländerzustroms“

➔ „Stopp des Missbrauchs des Asylrecht“

➔ und sehnten sich „nach mehr nationalem Wohlgefühl“

-
- ➔ Diese weit verbreitete „Proteststimmung gegen die Volksparteien und neuer Nationalismus“ führt zu einer „Erfolgsserie der Rechtsparteien“.
 - ➔ Dieser „Sog nach Rechts“ entwickle eine „gefährliche Eigendynamik“, so dass die rechte Bewegung „auf Dauer“ neben den etablierten Parteien „installiert“ sei.

Eine realistische Beschreibung des heutigen Geschehens?

➔ Das Problem ist nur, dass dies alles nicht heute, sondern im

MAI 1989 (!)

im „SPIEGEL“ zu lesen war

Doch die im „SPIEGEL“ 1989 als „auf Dauer installiert“ eingeschätzte „rechte Bewegung“ spielte bald darauf im politischen Leben der Republik keine entscheidende Rolle

Das aber hindert den „**SPIEGEL**“ nicht daran, aktuell (Nr. 51/2015) wieder - fast wortgleich wie 1989 - zu behaupten, „**eine neue rechte Bewegung sei im Vormarsch**“.

In Deutschland paare sich „**eine langsam wachsende Demokratieverachtung**“ mit einer „**rasant wachsenden Fremdenfeindlichkeit**“.

Und: Die „**neue rechte Szene**“ komme aus der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft

Die „neue rechte Szene“ umfasse:

- ➔ „wertkonservative Intellektuelle“
- ➔ „viele sich wegen des Modernisierungskurses von Angela Merkel heimatlos führende Traditionswähler von CDU und CSU“
- ➔ „fromme Christen und Wutbürger“
- ➔ „sich sonst als Linke bezeichnende Menschen“

Die „Anziehungskraft“ dieser „neuen rechten Bewegung“ sei

➔ „weit größer als die ihrer Vorgänger“

Das Vertrauen in die „Leitmedien“, die ja für sich in Anspruch nehmen, die von ihnen eher abschätzig als „Folgemedien“ diskreditierten sonstigen Medien zu beeinflussen, kann schon erschüttert werden, wenn man sich vor Augen führt, wie falsch das im „SPIEGEL“ 2015 wie schon 1989 zu Lesende war

Die „neue rechte Bewegung“ ist nämlich keinesfalls -
wie vom SPIEGEL behauptet - „weit größer als die
ihrer Vorgänger“

Anteile rechtsradikaler Parteien in den alten Bundesländern (ohne Berlin)

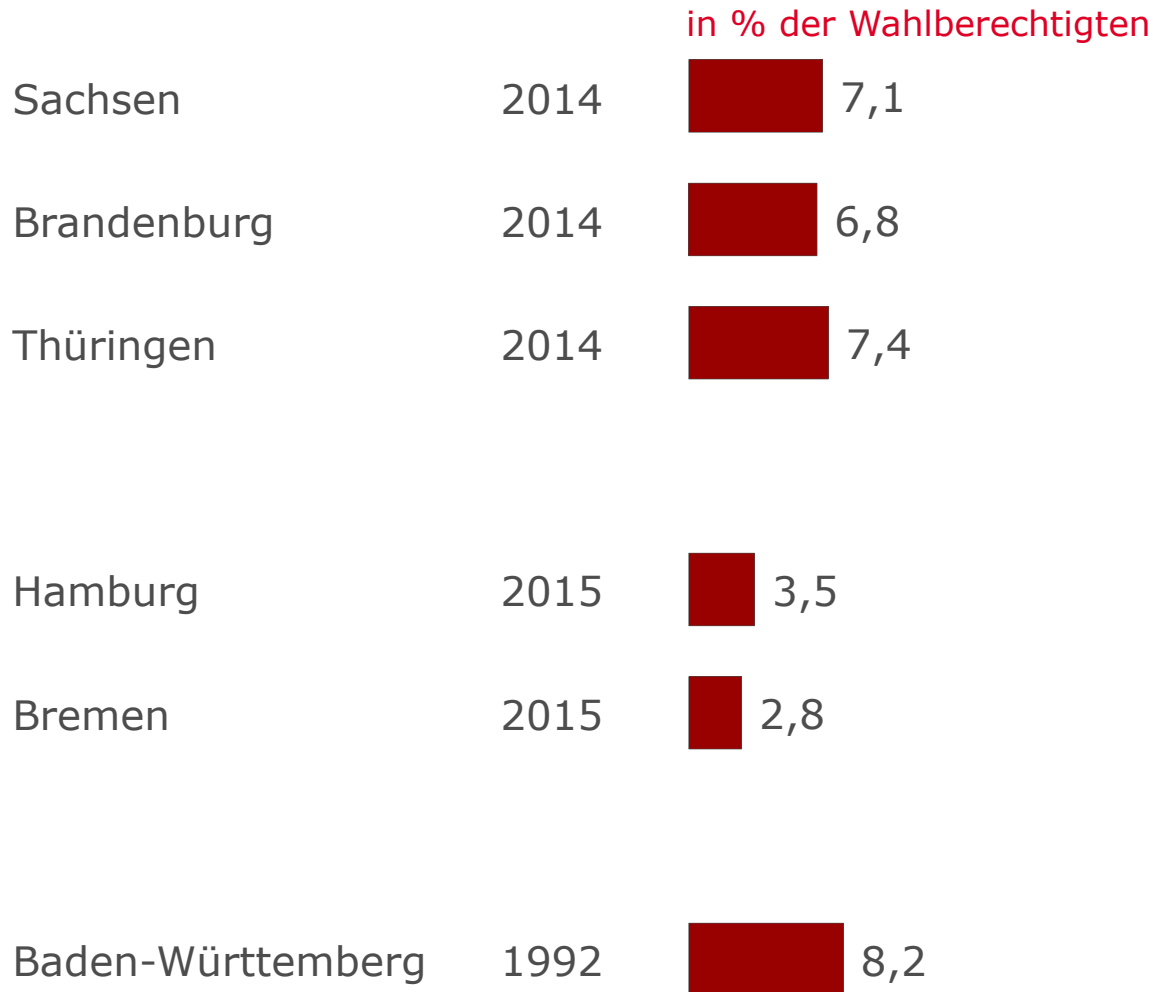
in % der Wahlberechtigten



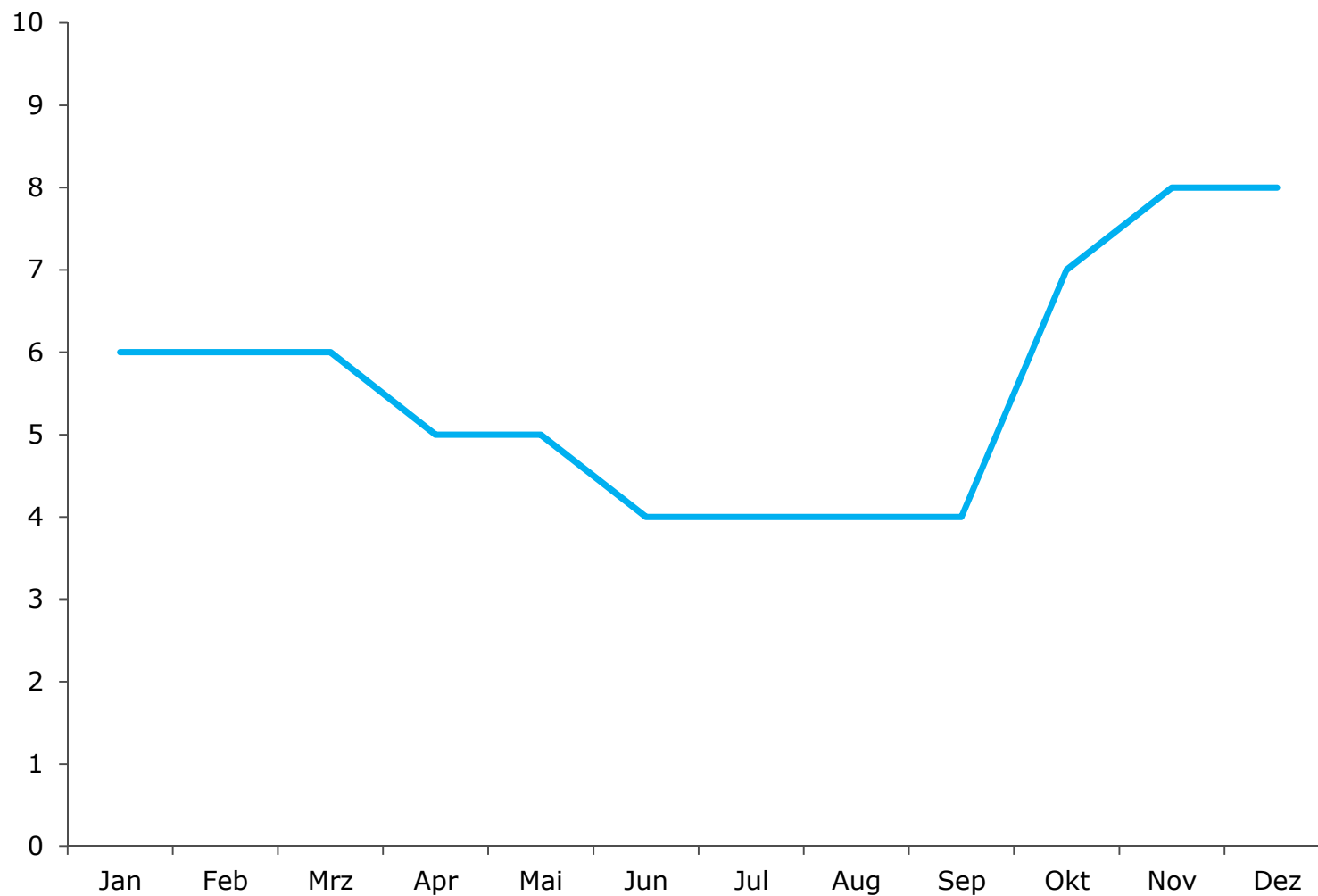
Stimmen der rechtsradikalen Parteien bei den Europawahlen 1989 und 2014 in den alten Bundesländern

| | |
|-----------------------------------|-----------|
| 1989 (Republikaner und DVU): | 2.453.550 |
| 2014 (Republikaner, NPD und AfD): | 1.800.767 |
| | <hr/> |
| Differenz 2014 - 1989: | - 652.783 |

Anteile der rechtsradikalen Parteien bei den Landtagswahlen seit 2013 (AfD und NPD)



Umfragewerte der AfD im Laufe des Jahres 2015



Nach wie vor eher schwache Verankerung der AfD in der gesamten Wählerschaft!

Bei einer derzeitigen Wahlbeteiligung von ca. 65 Prozent würden bundesweit nicht viel mehr als 5 Prozent aller Wahlberechtigten die AfD bei einer Bundestagswahl wählen

Große regionale Unterschiede der AfD-Sympathisanten

- ➔ neue Länder: ca. 9 Prozent aller Wahlberechtigten
- ➔ Bayern: ca. 7 Prozent aller Wahlberechtigten
- ➔ Rest der Republik: ca. 4 Prozent aller Wahlberechtigten

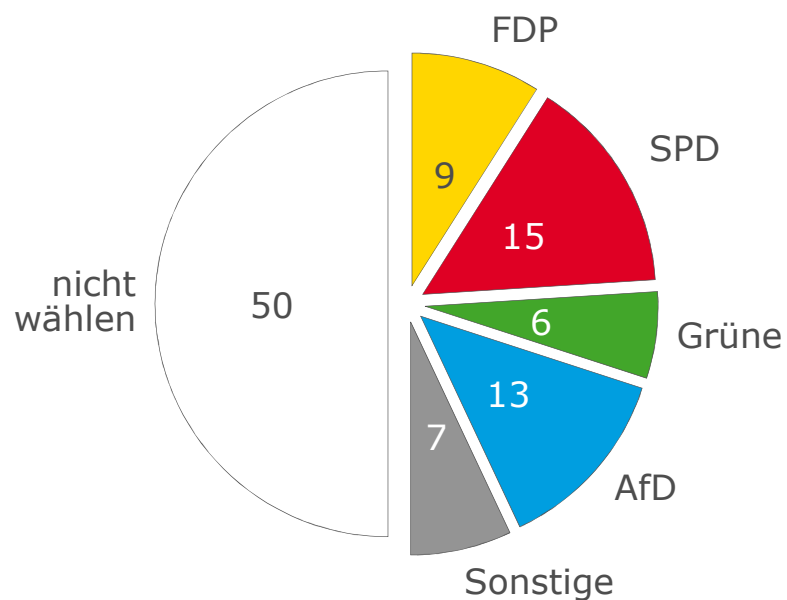
Die These von einer starken „neuen rechten Bewegung“
erweist sich so pauschal als falsch!

Stimmt denn die Behauptung, dass „Traditionswähler der CDU und CSU heimatlos“ geworden seien?

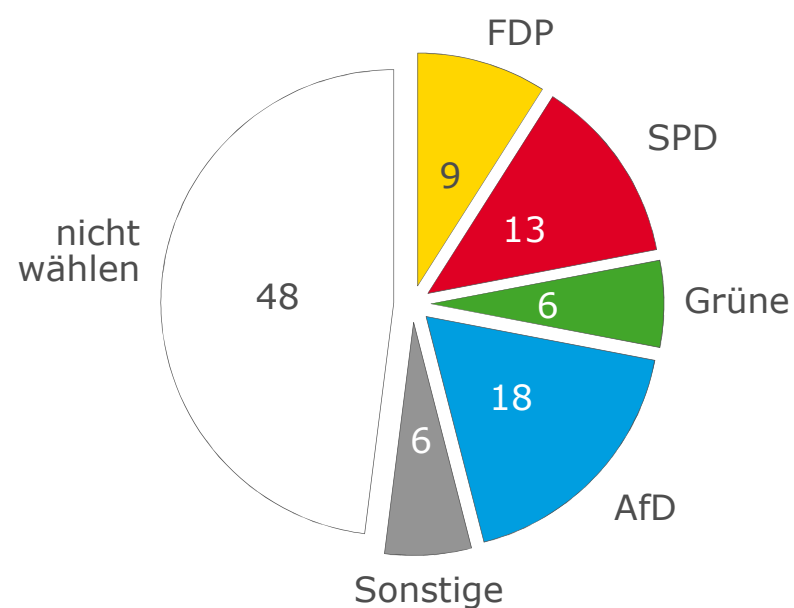
CDU- und CSU-Abwanderer 2015

Von 100 Abwanderern der

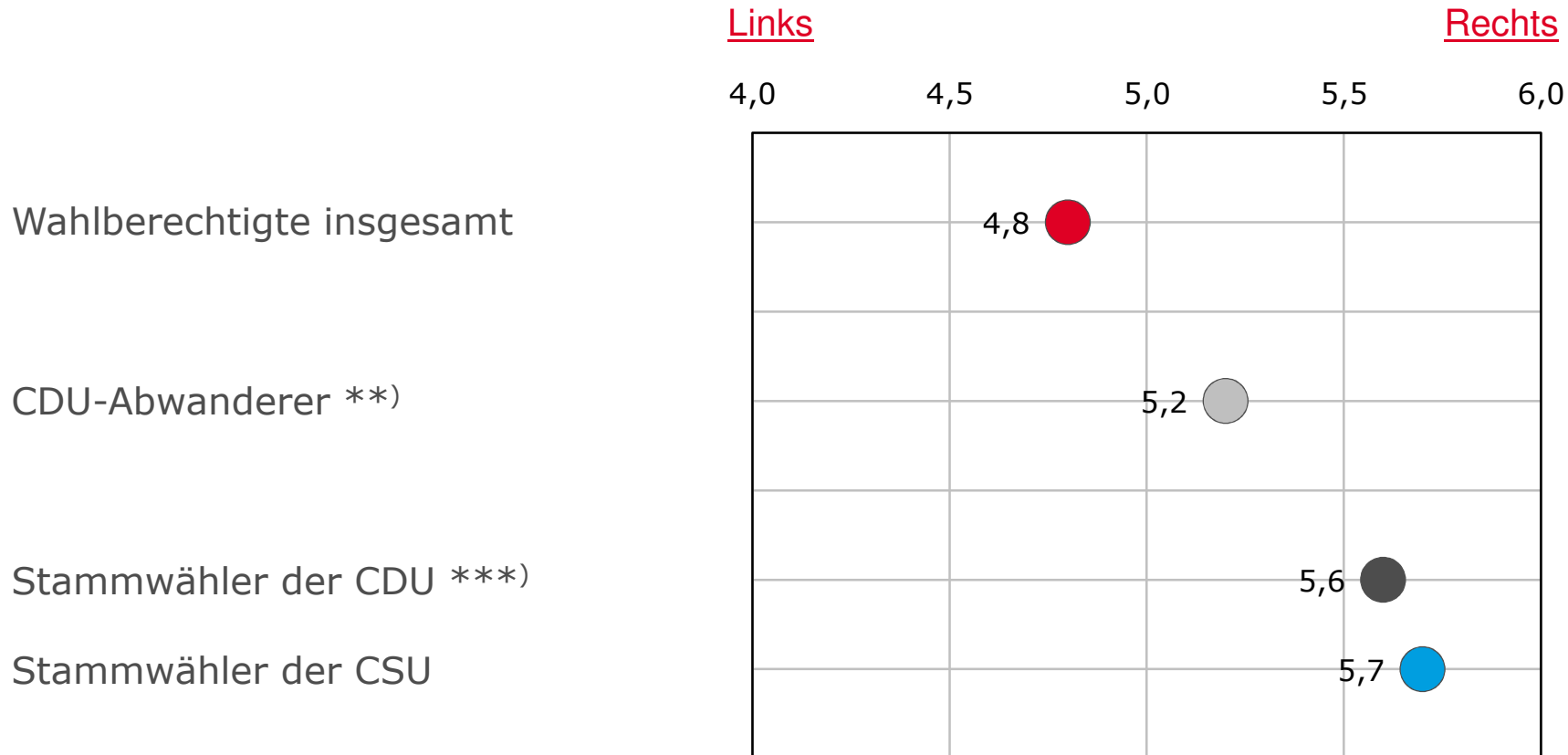
CDU wollen
2015 wählen



CSU wollen
2015 wählen



Politische Selbsteinschätzung *) der CDU- und CSU-Stammwähler sowie der CDU-Abwanderer

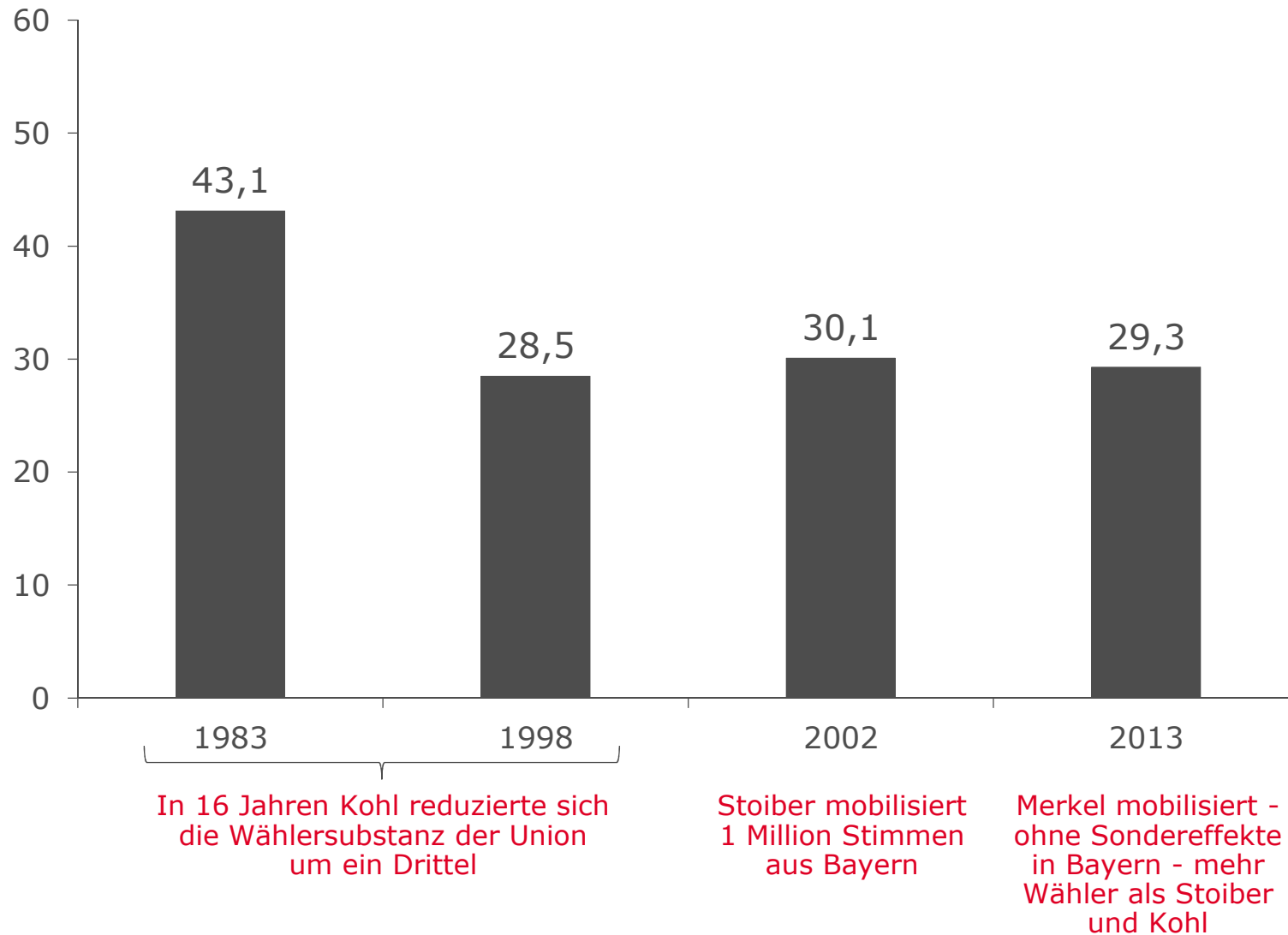


*) Selbsteinschätzung auf einer Skala von 1 (links) bis 10 (rechts); dargestellt ist jeweils der Mittelwert

**) CDU-Wähler von 2013, die derzeit nicht CDU wählen wollen

***) CDU- bzw. CSU-Wähler von 2013, die auch heute CDU oder CSU wählen wollen

Wählersubstanz der Union 1983 bis 2013



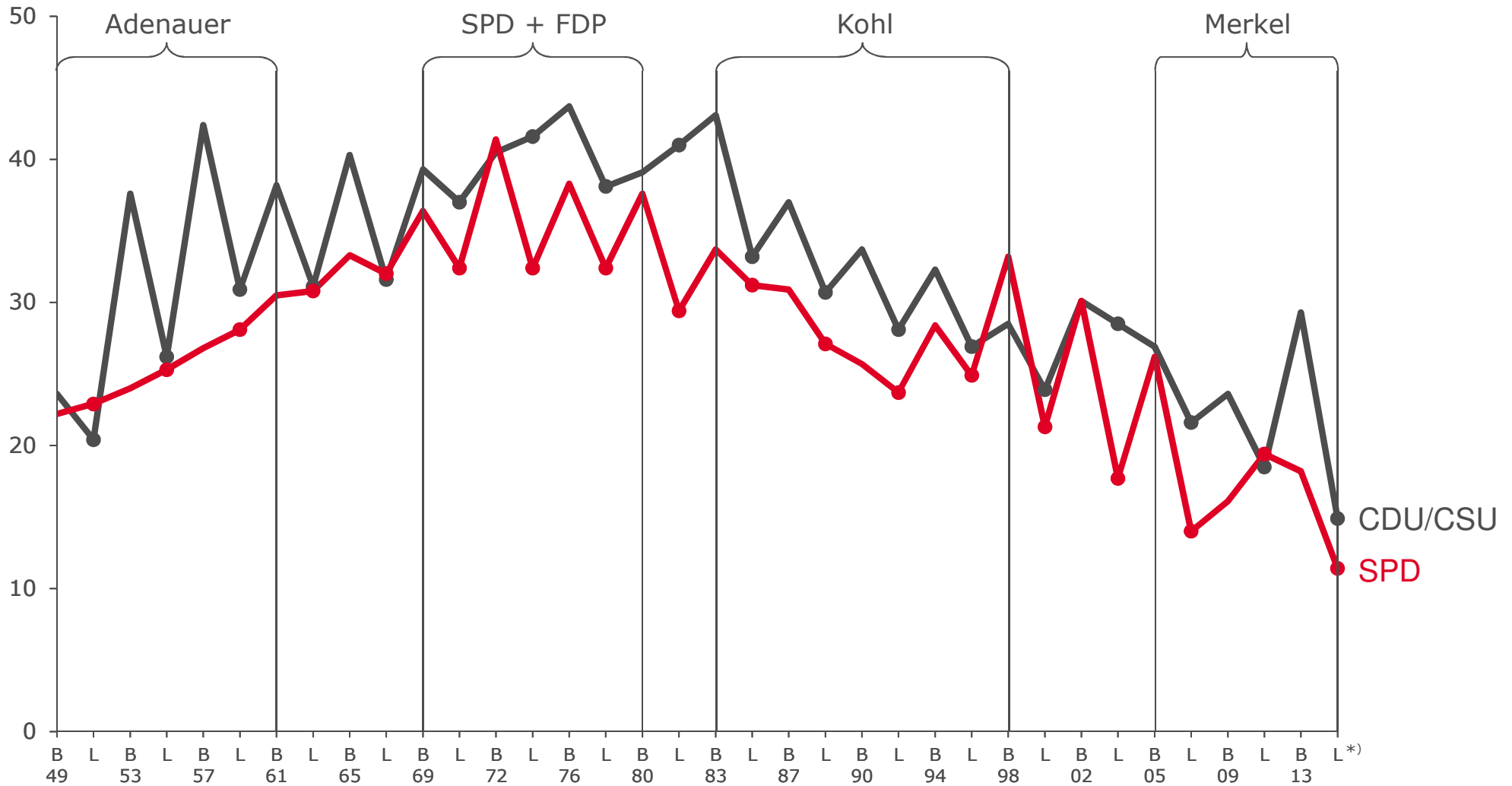
Mobilisierungsschwäche der CDU vor Ort

CDU-Wähler in Sachsen, Brandenburg, Thüringen,
Hamburg, Bremen:

| | | |
|--------------------------------|-----------|-------------|
| - bei der Bundestagswahl 2013 | 2.336.871 | |
| - bei den Landtagswahl 2014/15 | 1.353.833 | - 983.038 ! |

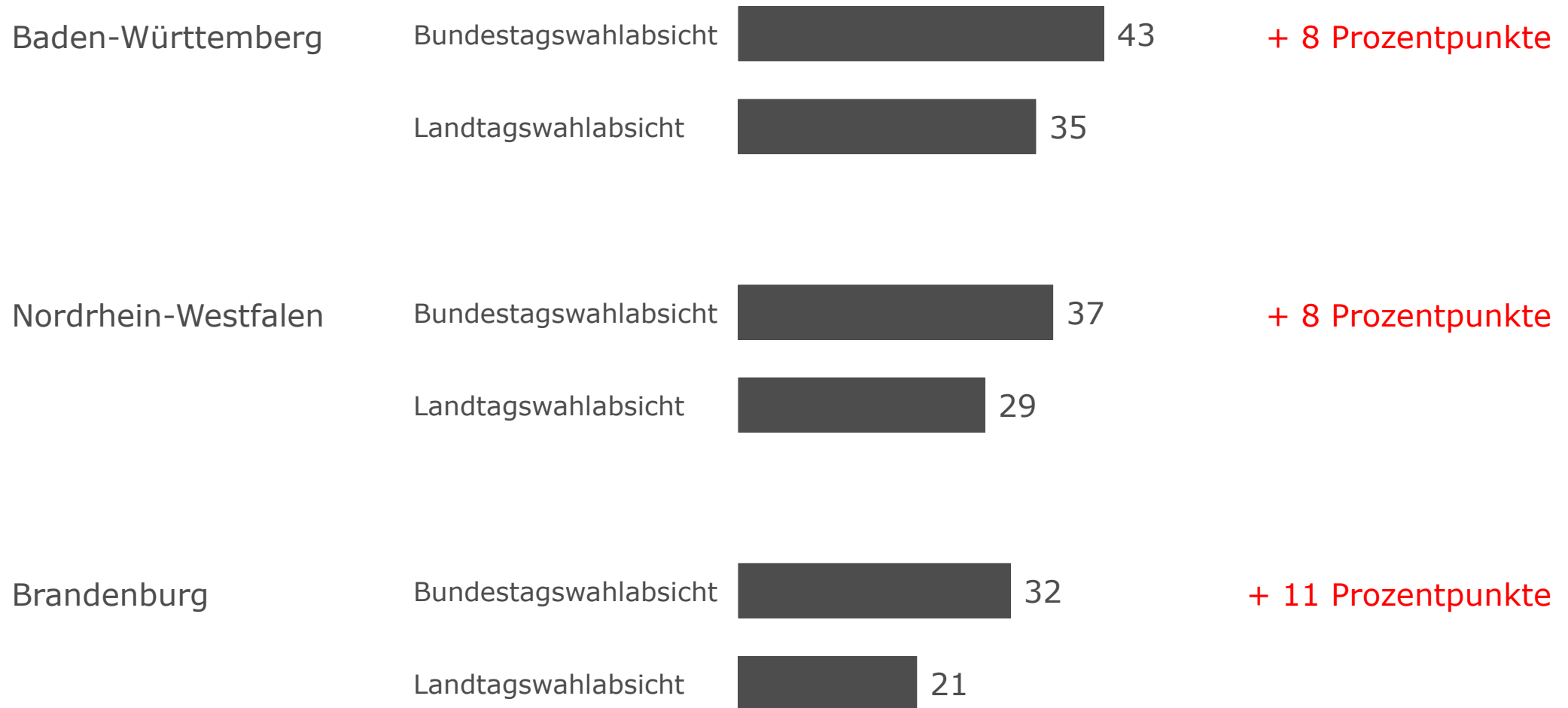
| | | |
|------------------------------|---------|----------|
| Wähler der AfD und NPD: 2013 | 526.737 | |
| 2014/15 | 575.096 | + 48.359 |

Anteile der CDU/CSU und der SPD bei Bundestags- und Landtagswahlen seit 1949 (in % der Wahlberechtigten)



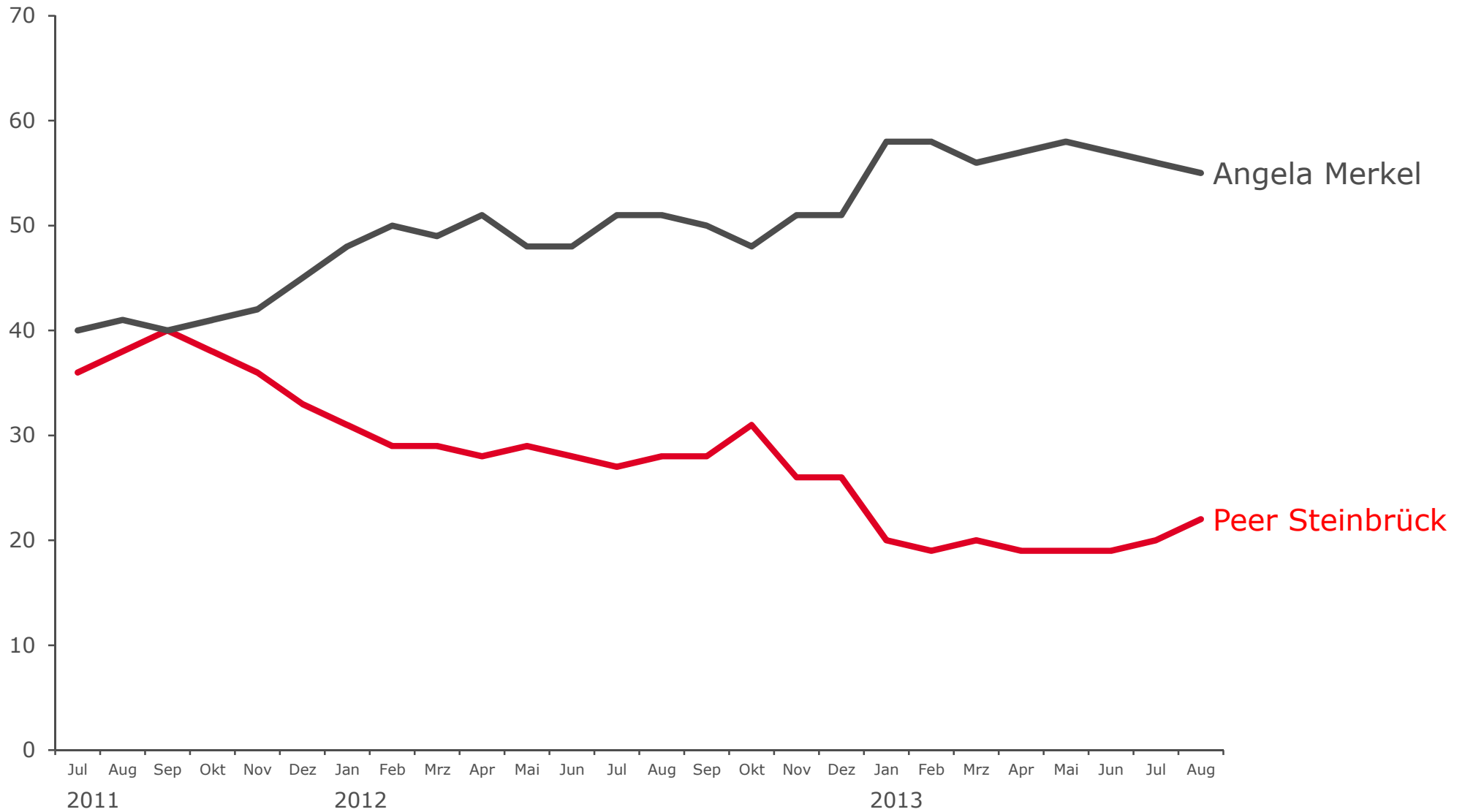
*) Wahlen in Sachsen, Brandenburg, Thüringen, Hamburg, Bremen

Unterschiede zwischen der „Merkel-CDU“ und der „CDU vor Ort“

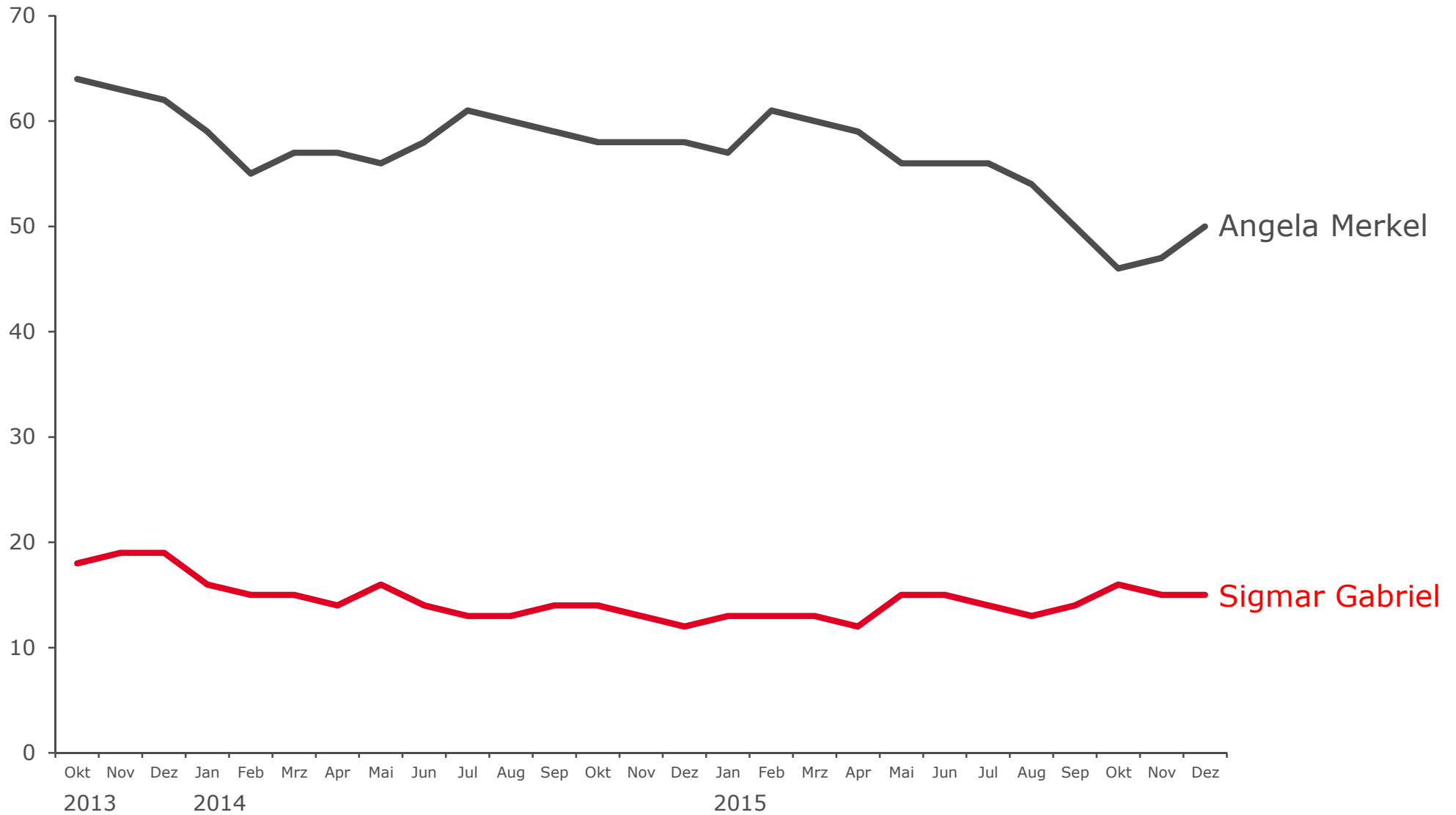


Von einer „Kanzlerinnen-Dämmerung“ - von der auch im Leitmedium „SPIEGEL“ permanent die Rede war - ist derzeit also noch nicht allzu viel zu spüren, wie auch die Werte der Kanzlerpräferenz (die „härteste“ Währung zur Messung der Popularität) zeigen

Kanzlerpräferenzen - 2011 bis 2013



Kanzlerpräferenzen - 2013 bis 2015

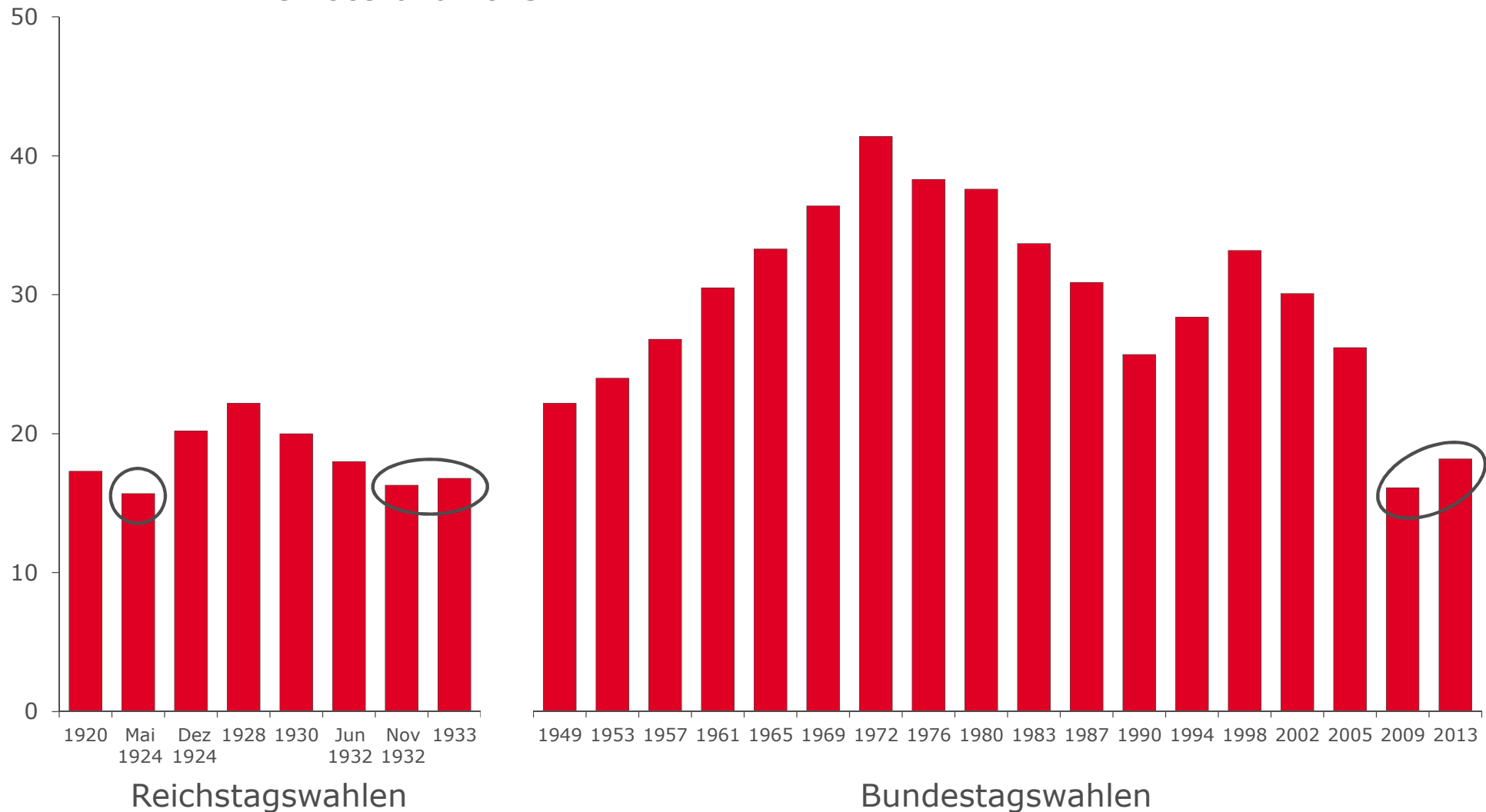


Dass „heimatlose CDU-Traditionswähler“ scharenweise zu den „neuen Rechten“ abwandern, ist ebenfalls eine Mär, die von einigen Leitmedien und einigen davon beeinflussten politischen Akteuren verbreitet wird.

Das Problem aber ist die nachlassende Bindekraft der Volksparteien - vor allem auch die der SPD.

SPD-Anteile bei Reichstags- und Bundestagswahlen (in % der Wahlberechtigten)

➔ noch nie seit 1949 eine so schwache Wählermobilisierung der SPD wie 2009 und 2013!

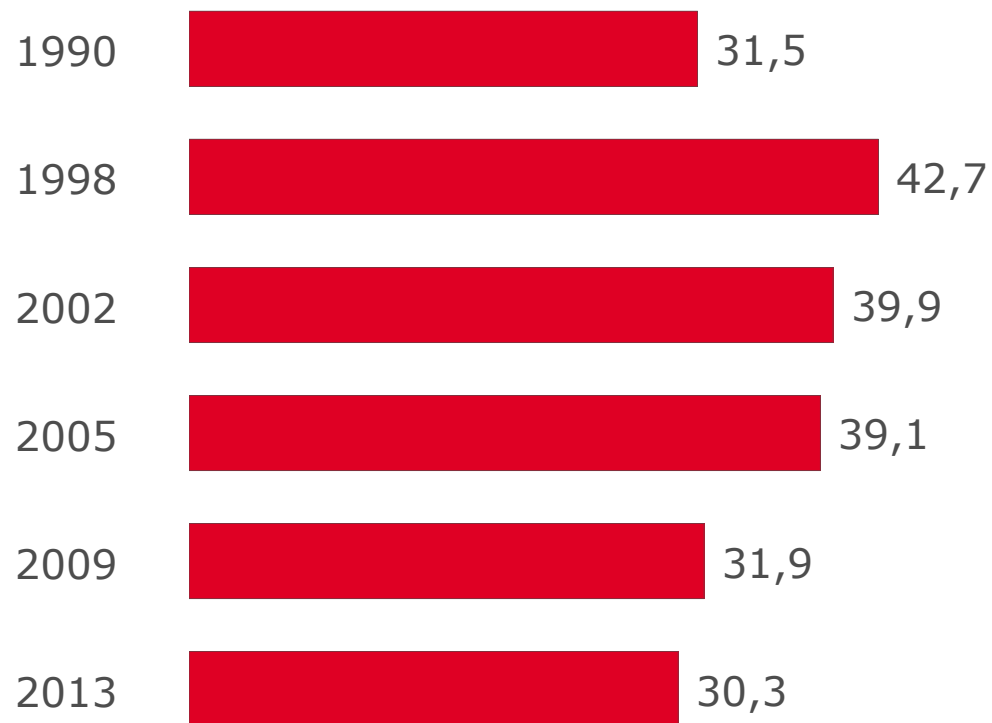


Die schwache Wählersubstanz der SPD schwächt
im Übrigen auch das „linke Wählerlager“

➔ keine Mehrheit an Wählern „links von der Union“!

Entwicklung des „linken“ Wählerlagers bei den Bundestagswahlen seit 1990 (in % der Wahlberechtigten)

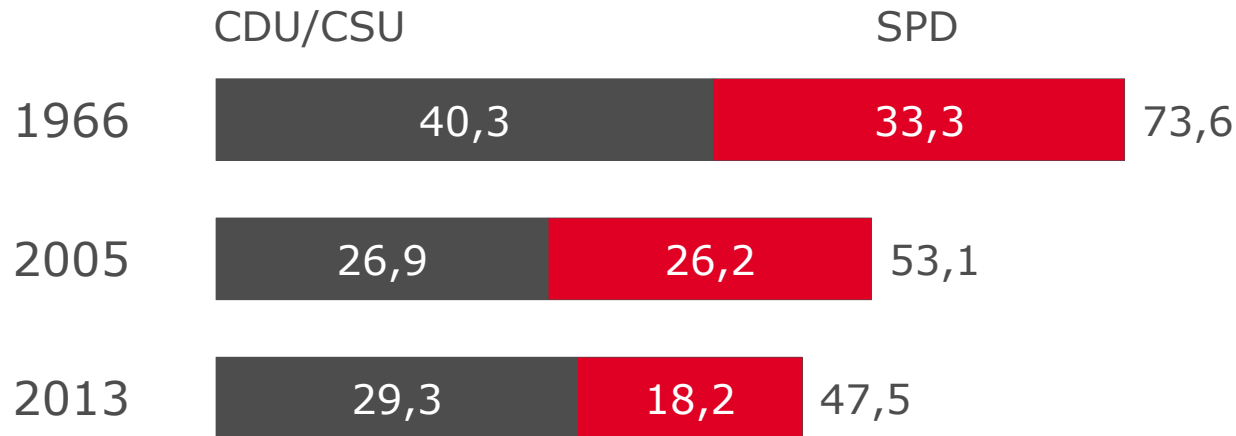
Bundestagswahl



Die nachlassende Bindekraft der Volksparteien
schwächt auch die Legitimität der „Großen Koalition“

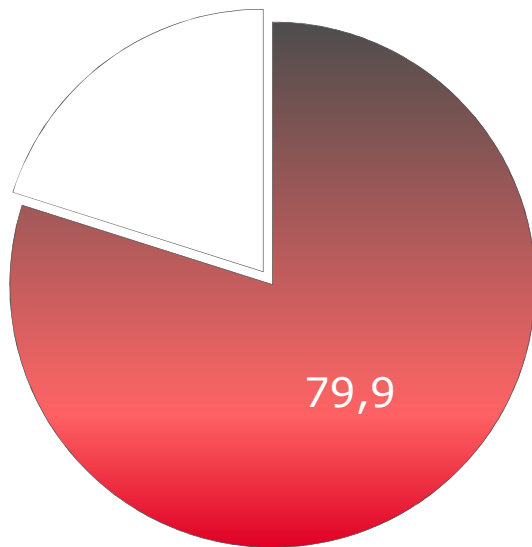
Legitimität der Großen Koalition 1966 bis 2013

(Anteil in % der Wahlberechtigten)



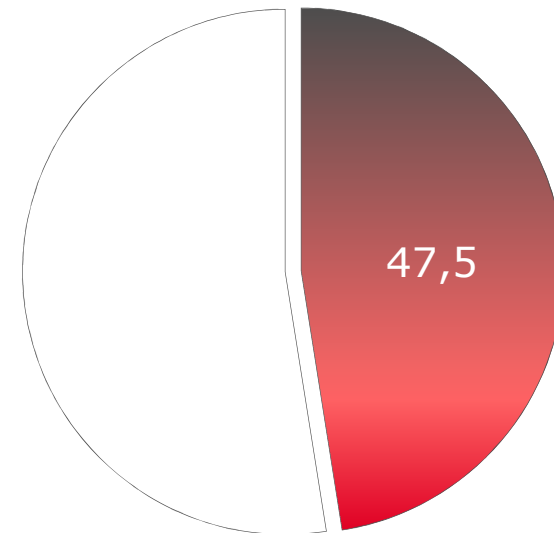
Legitimität der Großen Koalition

Mandate von
CDU/CSU und SPD



(504 Mandate von 631)

Stimmen von CDU/CSU und SPD
(in % der Wahlberechtigten)



Die CDU: Eine „Schrumpfgröße“ in den Großstädten?

Wird die Union aber als kleiner Trost für die SPD
wenigstens zur „Schrumpfgröße“ (Thomas Oppermann)
in den urbanen Metropolen?

➔ leider (für die SPD) auch nur bedingt!

Entwicklung des Wahlverhaltens in den urbanen Metropolen *) seit Mitte der 1960er Jahre

CDU- (CSU-) Wähler
(in % der Wahlberechtigten)
bei Kommunalwahlen zwischen



SPD-Wähler
(in % der Wahlberechtigten)
bei Kommunalwahlen zwischen



*) Städte mit mehr als 500.000 Einwohnern in den alten Bundesländern
(einschließlich Duisburg, wo die Einwohnerzahl 2014 unter die 500.000-Grenze gesunken ist)

SPD- und CDU- (CSU-) Anteile in den urbanen Metropolen bei den Kommunalwahlen zwischen 2011 und 2015

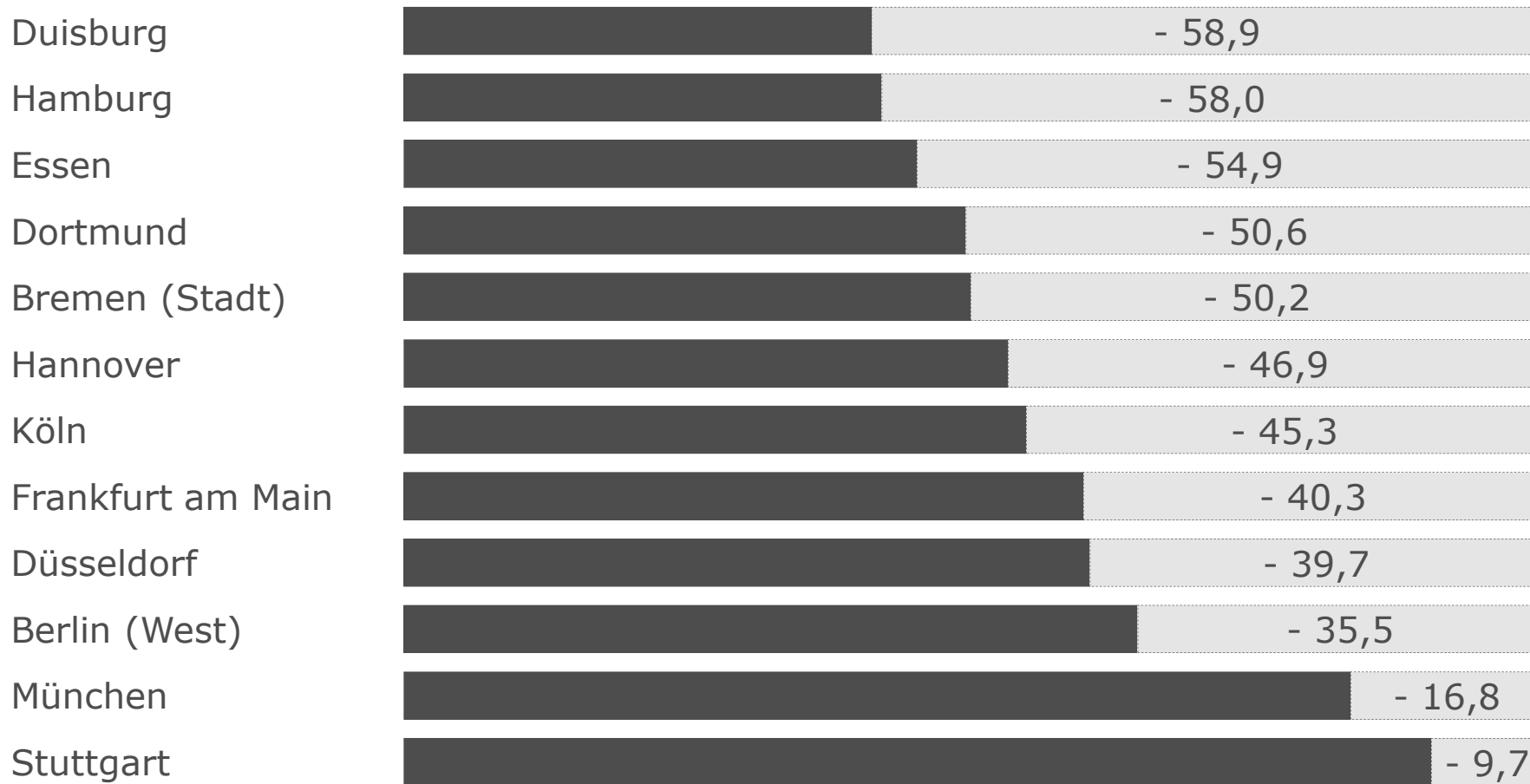
Anteil (in % der Wahlberechtigten) der

| | SPD | CDU/ CSU | sonstige Parteien | Nicht- wähler *) |
|-------------------|------|-------------|----------------------|---------------------|
| Hamburg | 25,0 | 8,7 | 21,2 | 45,1 |
| Bremen (Stadt) | 21,7 | 11,3 | 25,8 | 41,2 |
| Nürnberg | 19,1 | 12,7 | 11,4 | 56,8 |
| Berlin (West) | 17,0 | 18,0 | 28,0 | 37,0 |
| Dortmund | 16,9 | 12,0 | 16,6 | 54,5 |
| Duisburg | 16,4 | 9,9 | 14,7 | 59,0 |
| Hannover | 16,3 | 11,1 | 17,8 | 54,8 |
| Essen | 15,2 | 14,1 | 16,4 | 54,3 |
| Köln | 14,5 | 13,4 | 22,3 | 49,8 |
| Düsseldorf | 14,2 | 17,8 | 17,8 | 50,2 |
| München | 12,7 | 13,4 | 16,7 | 57,2 |
| Frankfurt am Main | 8,6 | 12,3 | 23,7 | 55,4 |
| Leipzig | 7,6 | 10,2 | 23,3 | 58,9 |
| Dresden | 6,7 | 14,4 | 31,2 | 47,7 |
| Stuttgart | 6,6 | 13,0 | 27,9 | 52,5 |

*) einschließlich ungültige Stimmen

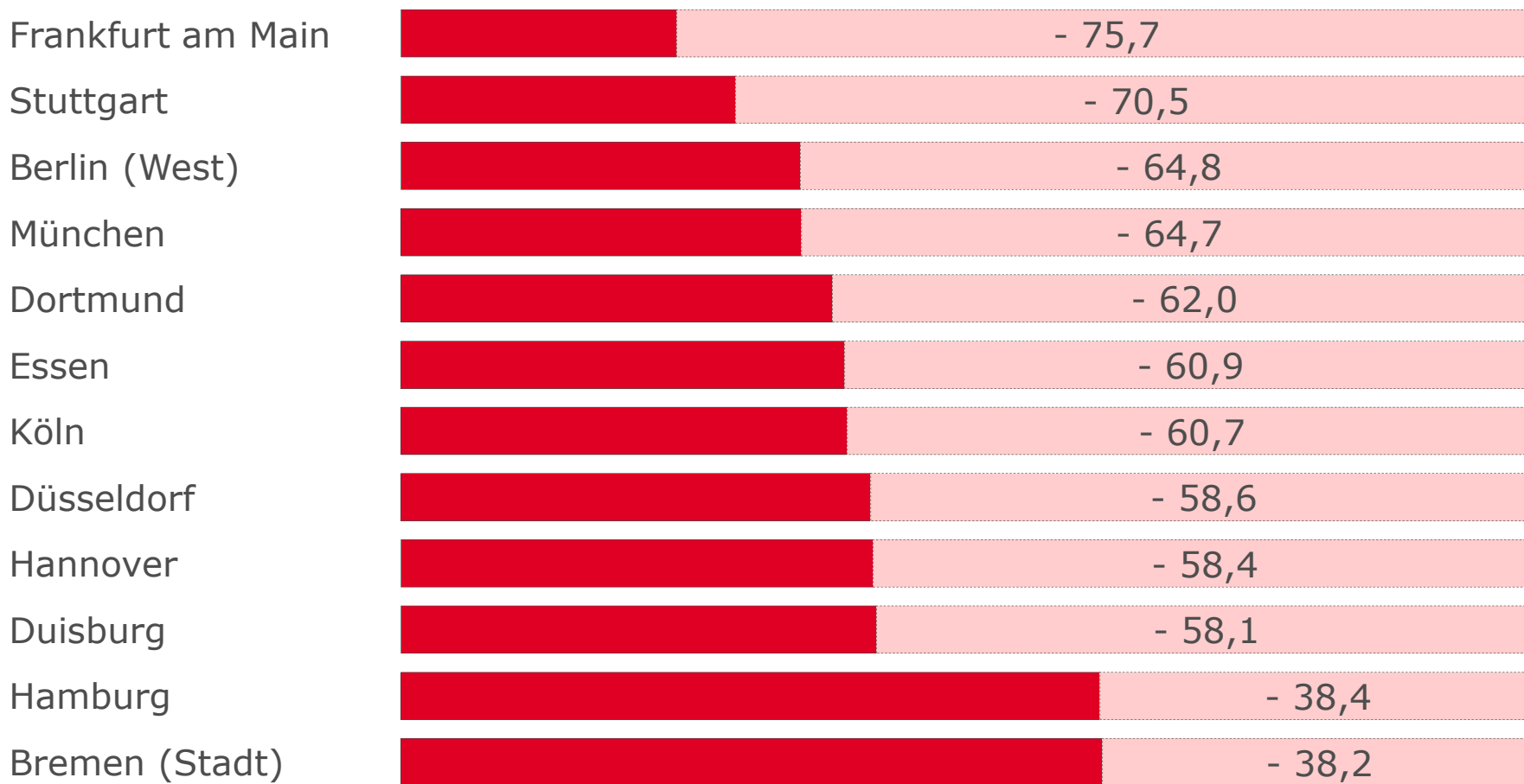
Entwicklung der CDU- (CSU-) Anteile in den urbanen Metro- polen bei den Kommunalwahlen seit Mitte der 1960er Jahre

Rückgang der CDU- (CSU-) Anteile bei den Kommunalwahlen 2011 bis 2015 im Vergleich zu den Kommunalwahlen zwischen 1964 und 1968



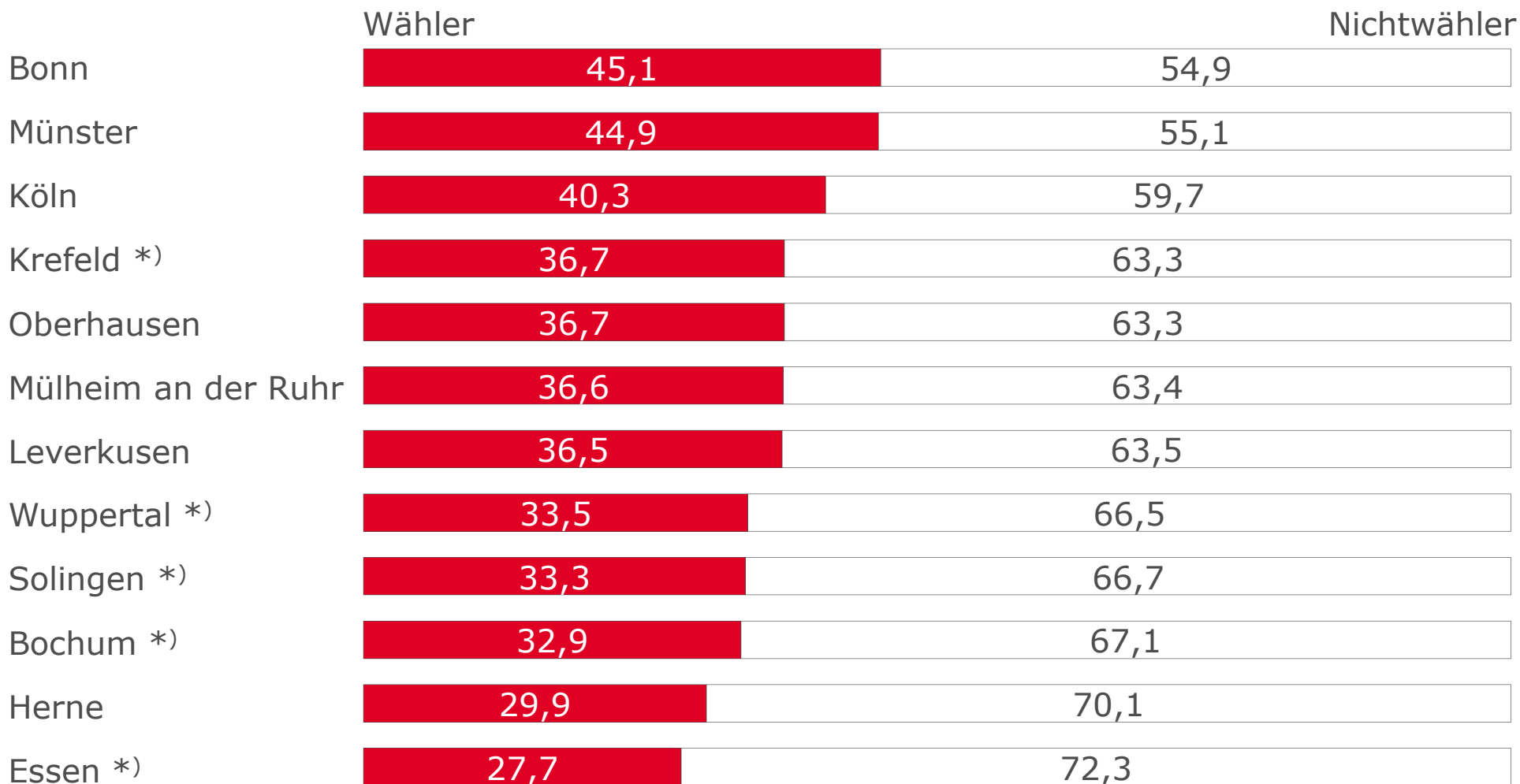
Entwicklung der SPD-Anteile in den urbanen Metropolen bei den Kommunalwahlen seit Mitte der 1960er Jahre

Rückgang der SPD-Anteile bei den Kommunalwahlen 2011 bis 2015 im Vergleich zu den Kommunalwahlen zwischen 1964 und 1968



Das Hauptproblem heute ist nicht die behauptete „Anziehungskraft“ der „neuen rechten Bewegung“, sondern die zunehmende Zahl der Nichtwähler - so auch bei den letzten Oberbürgermeisterwahlen hier in Nordrhein-Westfalen

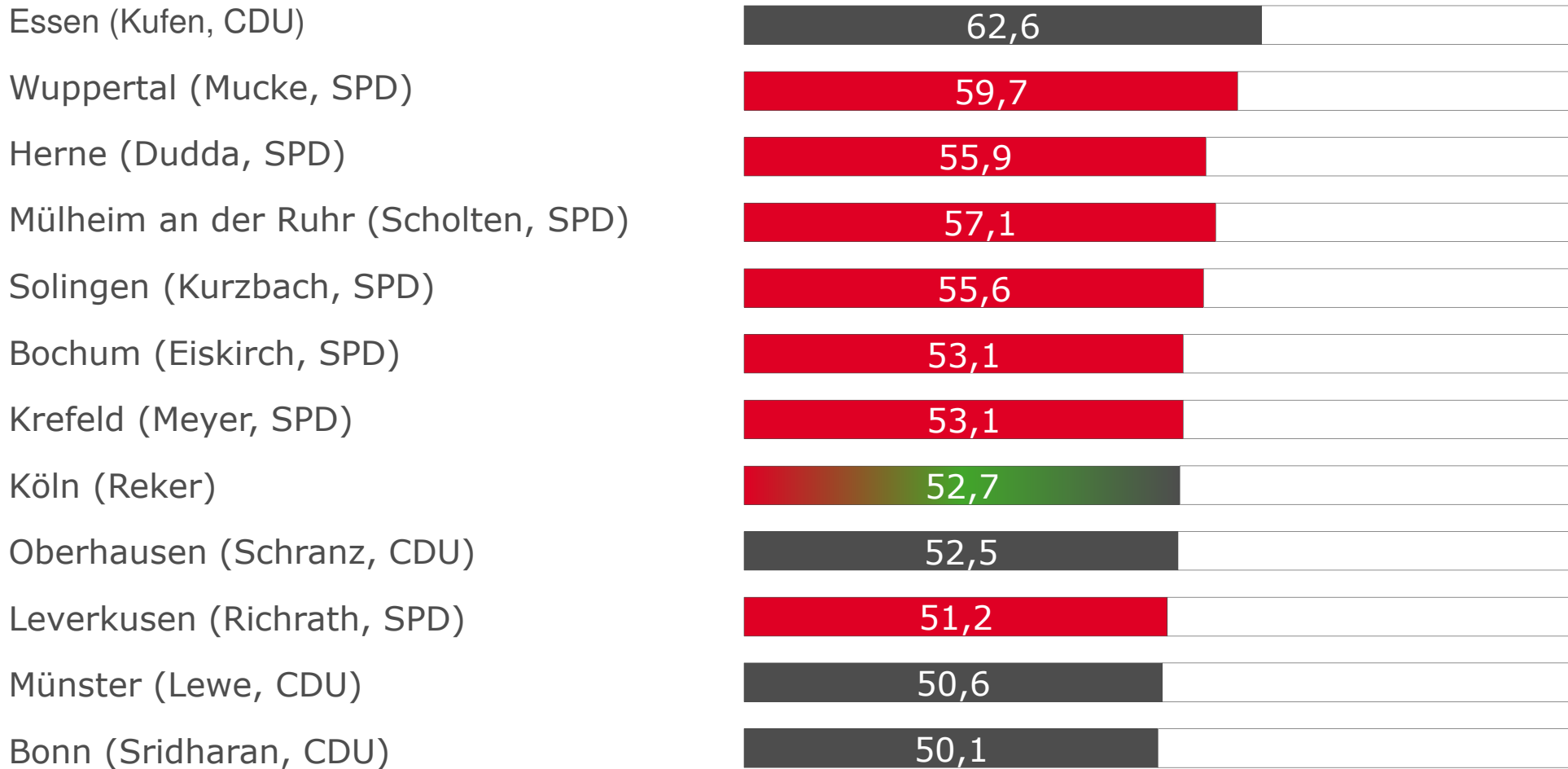
Wähler und Nichtwähler bei Oberbürgermeister-Direktwahlen im Herbst 2015 in Nordrhein-Westfalen



*) Ergebnis der Stichwahl am 27.9.2015

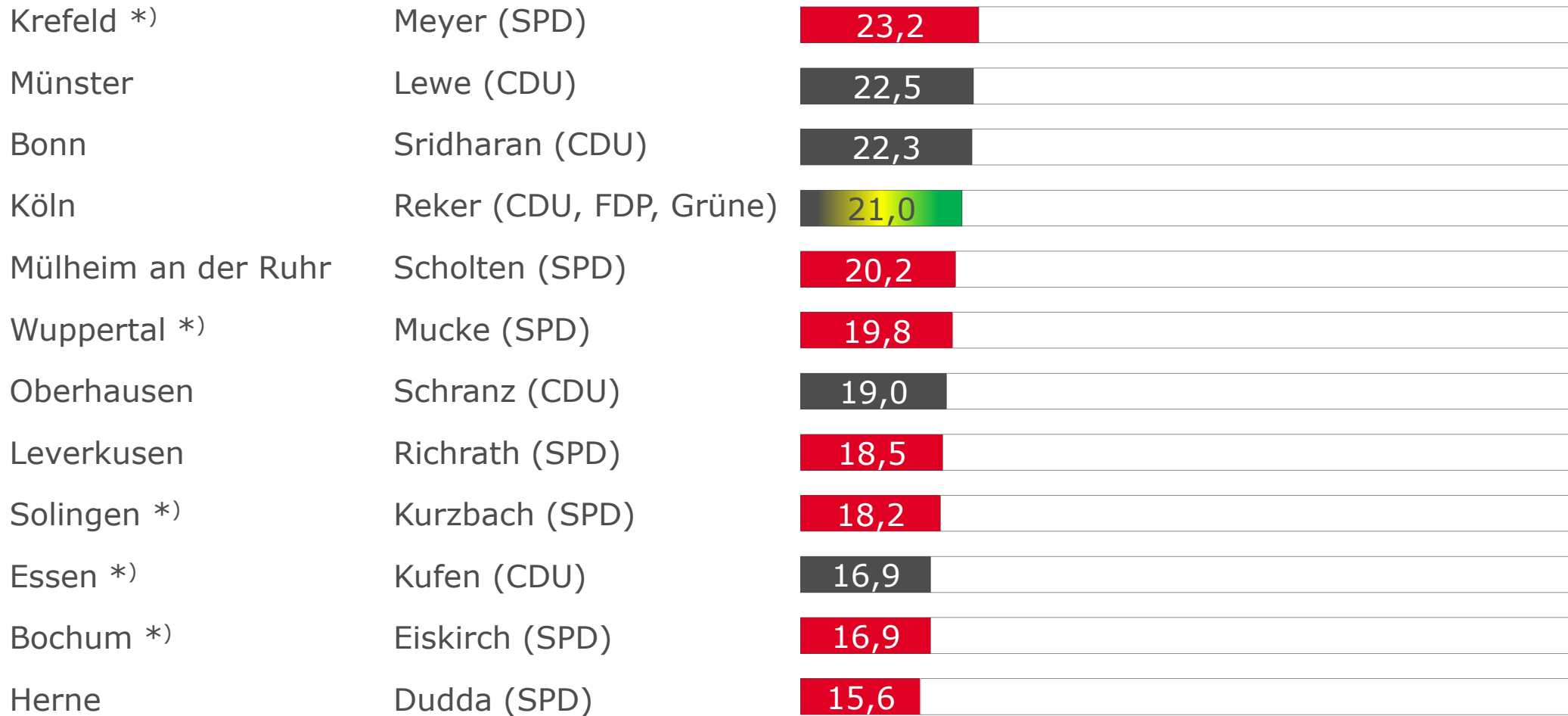
Der übliche Blick auf das Wahlergebnis versetzt die Gewählten in z. T. euphorische Zufriedenheit

Ergebnisse der Oberbürgermeisterwahlen in Nordrhein-Westfalen 2014 (in % der abgegebenen gültigen Stimmen)



Doch in Wirklichkeit stützen sich alle Gewählten
nur auf das Vertrauen einer kleinen Minderheit
der Bürger

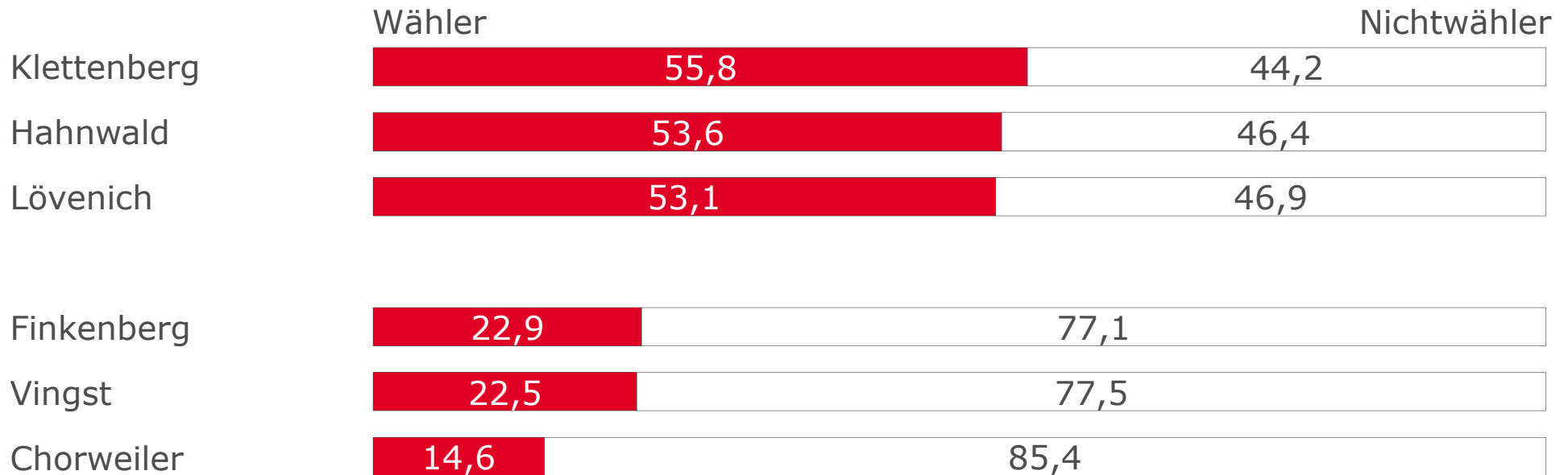
Vertrauensbasis bei Oberbürgermeister-Direktwahlen im Herbst 2015 in Nordrhein-Westfalen



*) Ergebnis der Stichwahl am 27.9.2015

„Entfremdung“ vor allem in sozial schwachen Vierteln (siehe Beispiel Köln)

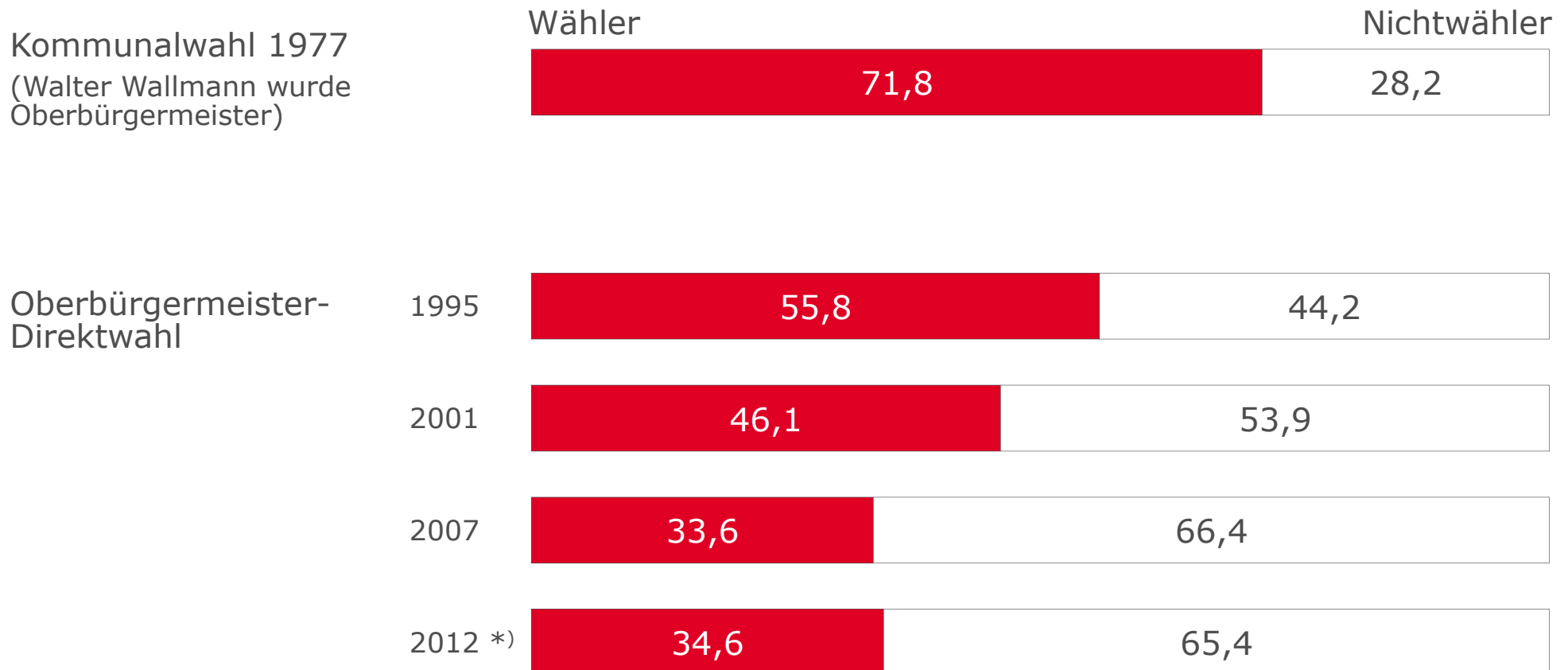
Wahlbeteiligung Oberbürgermeister-Direktwahl Köln - ausgewählte Stadtteile



Geringe Wahlbeteiligung kein auf Nordrhein-Westfalen beschränktes Phänomen

➔ Beispiel Oberbürgermeisterwahl Frankfurt

Wahlbeteiligung bei Oberbürgermeisterwahlen in Frankfurt am Main



*) Stichwahl

Niedrige Wahlbeteiligung aber nicht nur bei
OB-Direktwahlen, sondern auch bei
Kommunalwahlen generell

Wähler und Nichtwähler bei den letzten Kommunalwahlen in den Bundesländern

Flächenstaaten West

| | Wähler | Nichtwähler |
|---------------------|--------|-------------|
| Rheinland-Pfalz | 55,6 | 44,4 |
| Bayern | 54,7 | 45,3 |
| Niedersachsen | 52,5 | 47,5 |
| Saarland | 52,4 | 47,6 |
| Nordrhein-Westfalen | 50,0 | 50,0 |
| Baden-Württemberg | 49,6 | 50,4 |
| Hessen | 47,7 | 52,3 |
| Schleswig-Holstein | 46,7 | 53,3 |

Flächenstaaten Ost

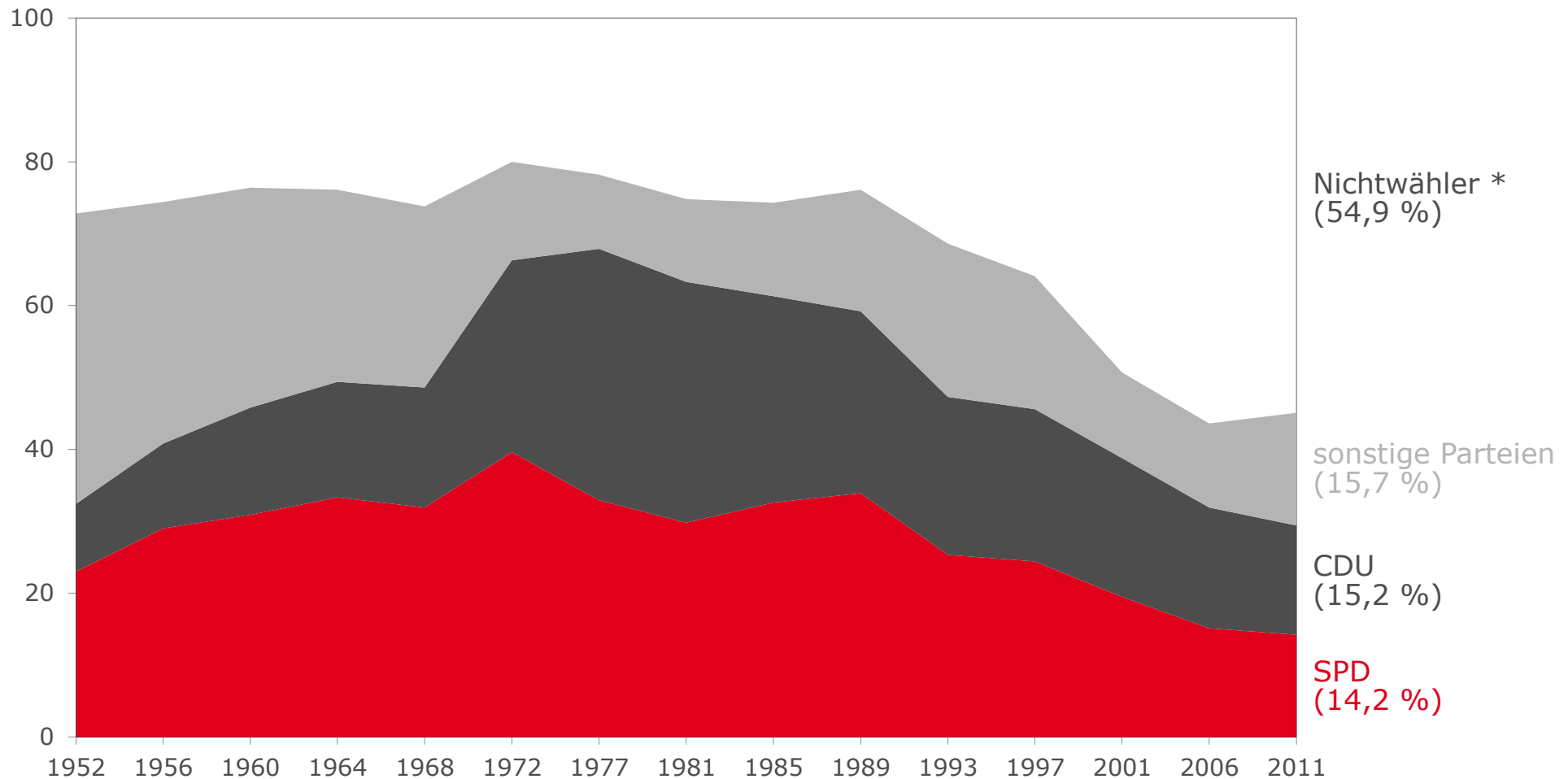
| | | |
|------------------------|------|------|
| Thüringen | 51,4 | 48,6 |
| Sachsen | 48,9 | 51,1 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 46,3 | 53,7 |
| Brandenburg | 46,2 | 53,8 |
| Sachsen-Anhalt | 43,0 | 57,0 |

Stadtstaaten

| | | |
|---------|------|------|
| Berlin | 60,2 | 39,8 |
| Hamburg | 56,5 | 43,5 |
| Bremen | 48,5 | 51,5 |

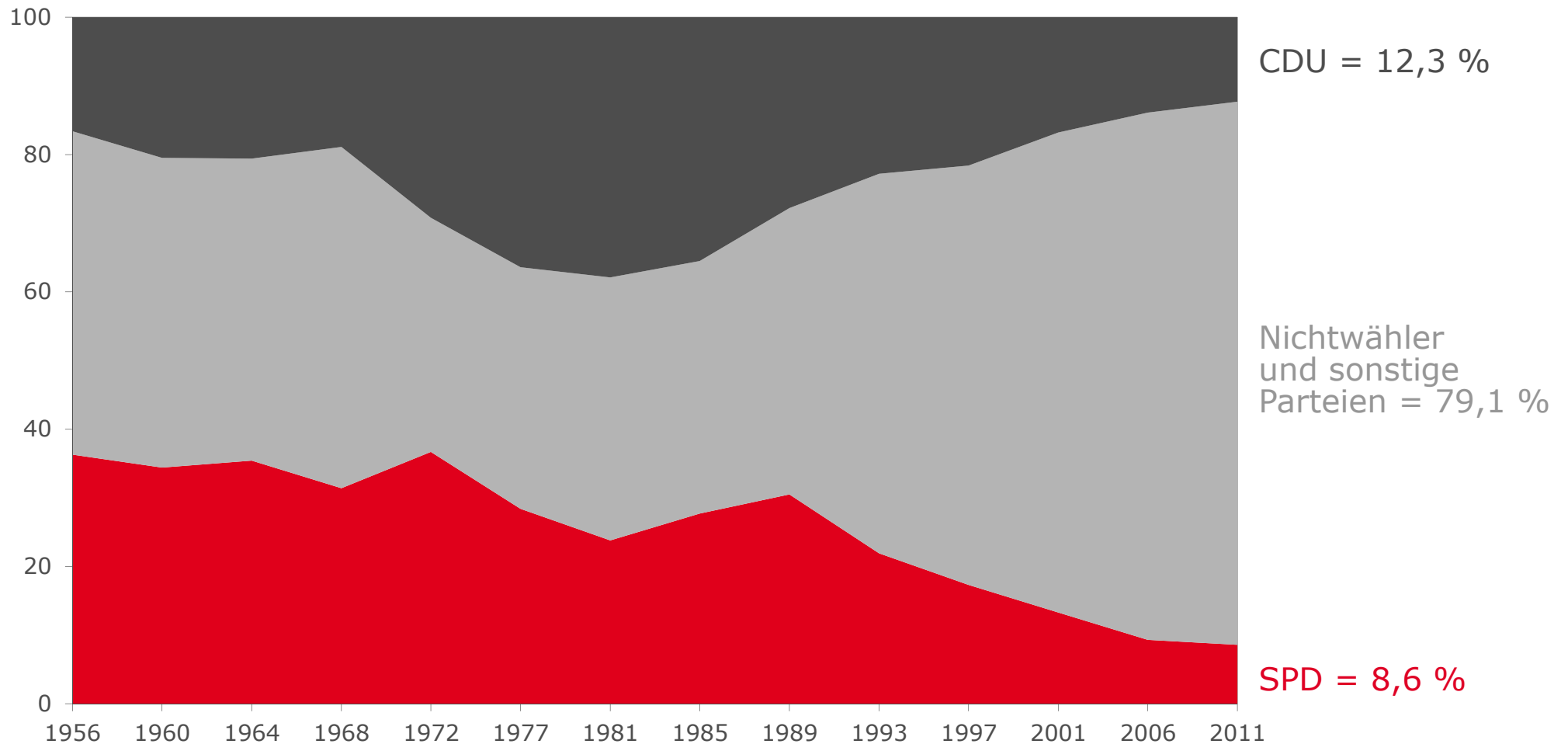
Zunahme der Nichtwähler bedingt dramatische
Vertrauensverluste der großen Parteien
(CDU/CSU, SPD)

Wähler und Nichtwähler bei Kommunalwahlen in Hessen 1952 bis 2011 (in % der Wahlberechtigten)



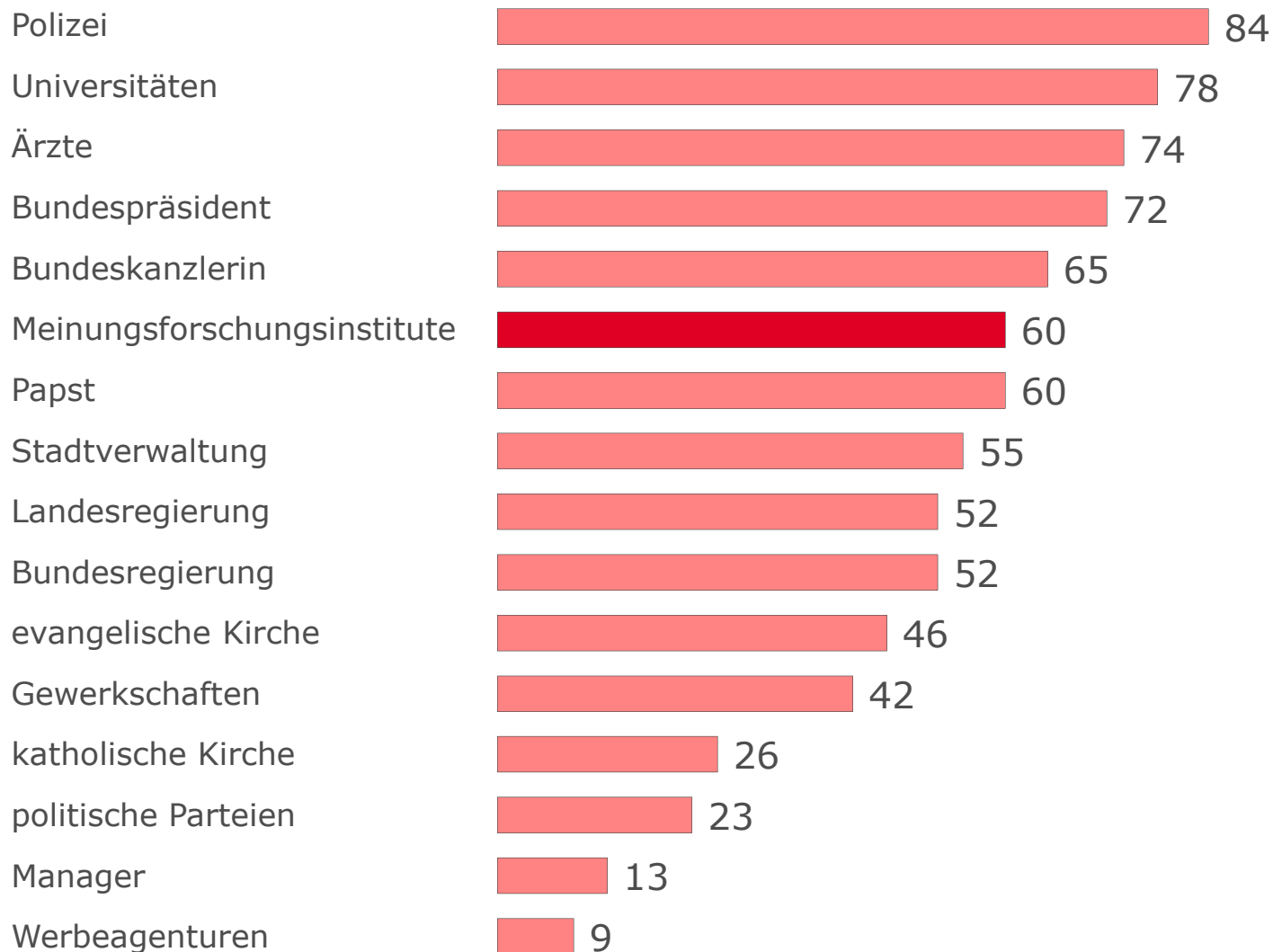
*) einschließlich ungültige Stimmen

CDU- und SPD-Wähleranteile bei Kommunalwahlen in Frankfurt am Main 1956 bis 2011 (in % der Wahlberechtigten)



Die geringe und tendenziell weiter sinkende Wahlbeteiligung bei lokalen Wahlen ist an sich verwunderlich, weil das Vertrauen zur lokalen Politikebene an sich größer ist als das zur „großen“ Politik auf Bundes- und Landesebene.

Vertrauen zu ausgewählten Institutionen 2015



Qualität der Wahlvorhersagen 2013

Abweichungen der letzten Umfragen
vom Wahlergebnis

| | ARD | ZDF | RTL/STERN | BILD |
|-----------------------|--------------|--------------|-----------|--------|
| CDU/CSU | - 1,5 | - 1,5 | - 1,5 | -3,5 |
| SPD | + 2,3 | + 1,3 | + 0,3 | + 2,3 |
| Grüne | + 1,6 | + 0,6 | + 1,6 | - 0,4 |
| FDP | + 0,2 | + 0,7 | + 0,2 | + 1,2 |
| Linke | - 0,6 | - 0,1 | + 0,4 | + 0,4 |
| AfD | - 2,2 | - 0,7 | - 0,7 | + 0,3 |
| Sonstige | + 0,3 | - 0,2 | - 0,2 | - 0,2 |
| Abweichungssumme | 8,7 | 5,1 | 4,9 | 8,3 |
| | „Dual Frame“ | nur Festnetz | | online |
| Abweichungssumme 2009 | 8,4 | 8,4 | 4,2 | - |

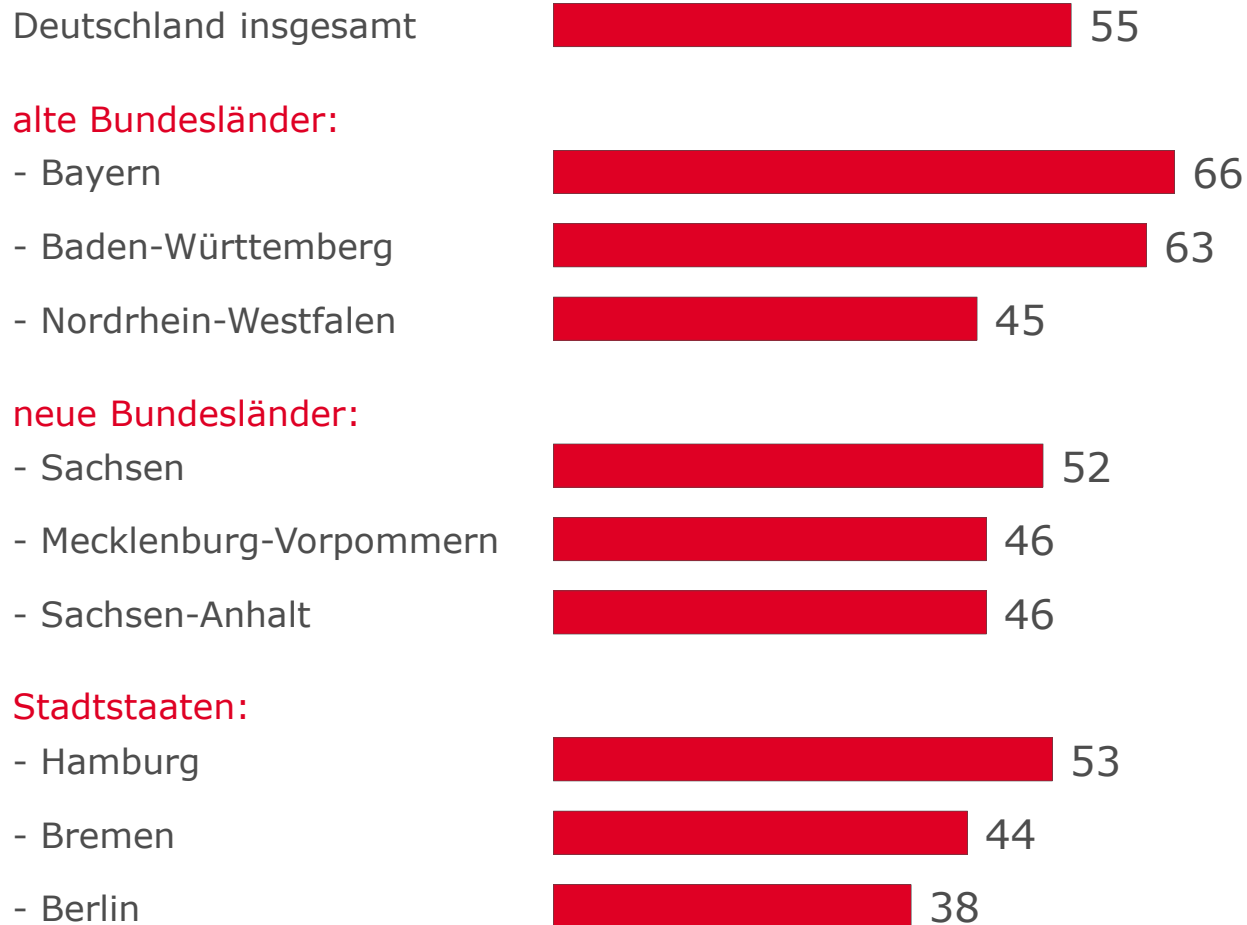
Qualität der Prognosen am Wahltag um 18.00 Uhr bei den Bundestagswahlen 2002 bis 2013

| Prognose 18 Uhr: | forsa. *) | ARD | ZDF |
|-------------------------------|-----------|-----|-----|
| 2002: Summe Abweichung | 1,0 | 3,8 | 2,0 |
| maximale Abweichung | 0,5 | 1,5 | 0,5 |
| durchschnittliche Abweichung | 0,2 | 0,6 | 0,3 |
| 2005: Summe Abweichung | 2,9 | 2,9 | 4,6 |
| maximale Abweichung | 0,8 | 1,2 | 1,8 |
| durchschnittliche Abweichung | 0,6 | 0,6 | 0,9 |
| 2009: Summe Abweichung | 1,2 | 2,0 | 3,2 |
| maximale Abweichung | 0,5 | 0,6 | 1,1 |
| durchschnittliche Abweichung | 0,2 | 0,3 | 0,5 |
| 2013: Summe Abweichung | 1,6 | 2,0 | 3,8 |
| maximale Abweichung | 0,5 | 0,5 | 1,1 |
| durchschnittliche Abweichung | 0,2 | 0,3 | 0,5 |

*) für RTL, n-tv, Sat.1, N24

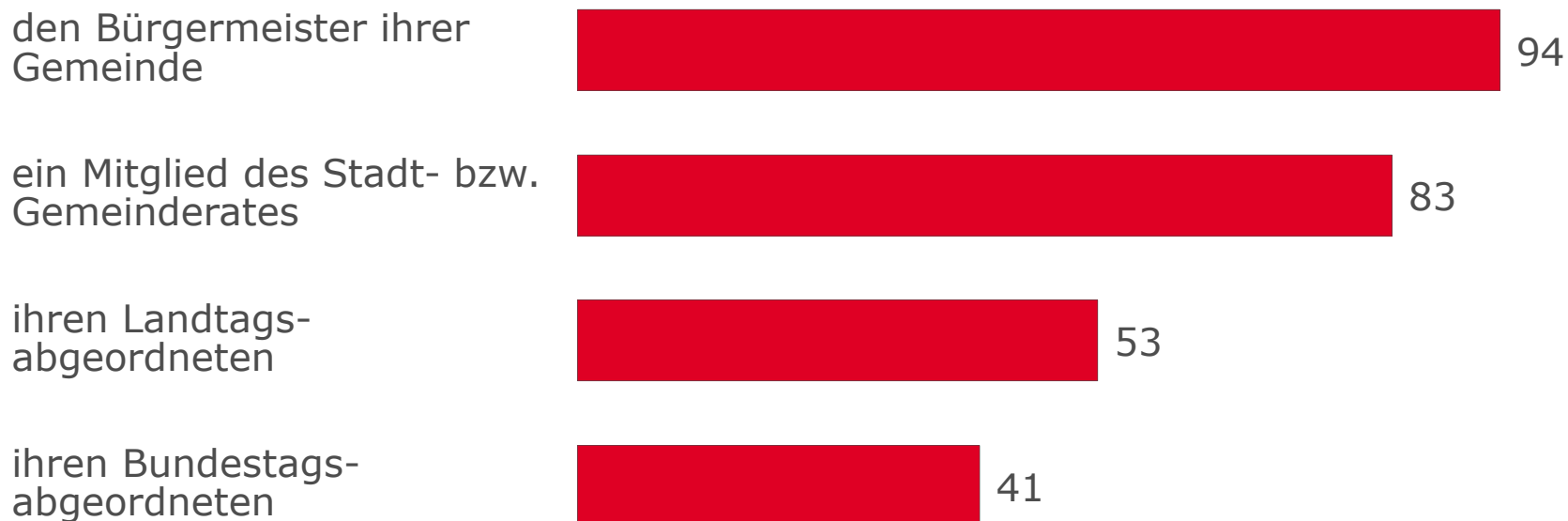
Vertrauen zur Stadtverwaltung in den einzelnen Bundesländern (2015)

Es haben großes Vertrauen zu ihrer Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung



Bekanntheit politischer Akteure in bayerischen Gemeinden

Es kennen



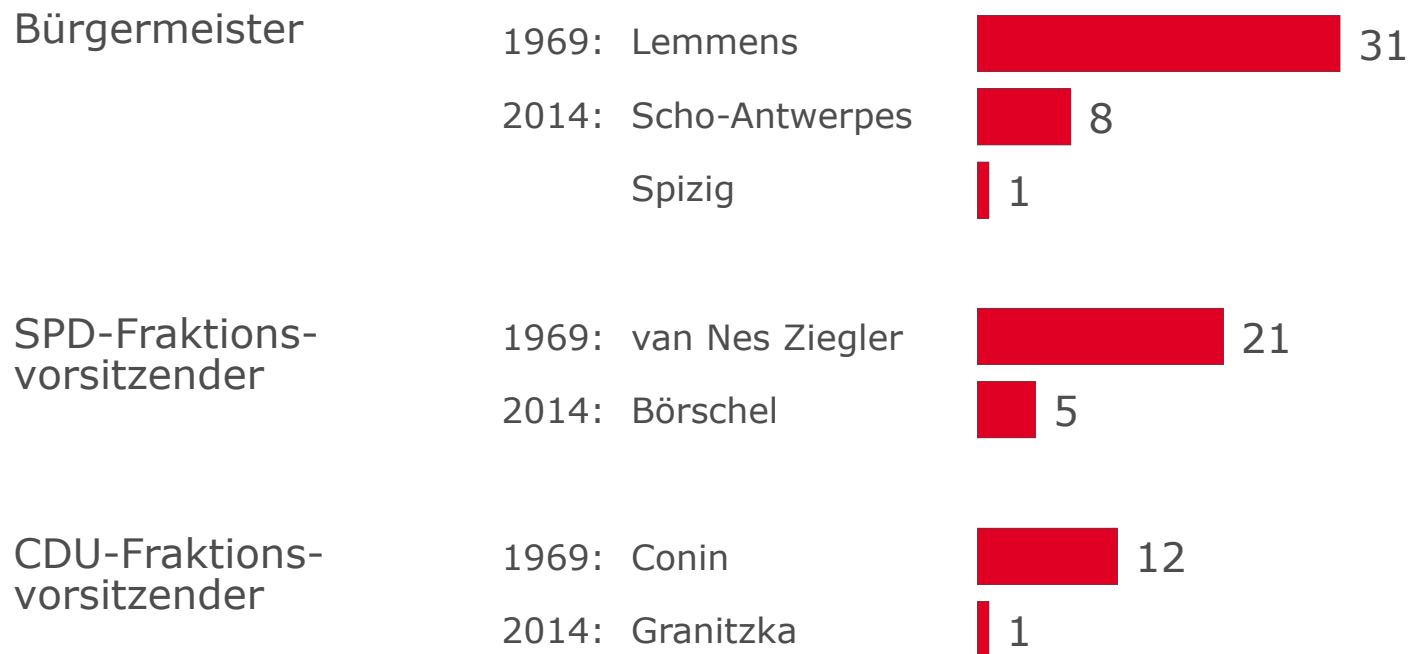
Warum aber nimmt die Entfremdung zwischen Politik und Bürgern trotz des relativ großen Vertrauens auch und gerade auf lokaler Ebene z. T. drastisch ab?

Verhältnisse wie in den kleineren Gemeinden Bayerns sind keinesfalls überall zu registrieren; so werden woanders Kommunalpolitiker in deutlich geringerem Maße wahrgenommen.

Bekanntheit von Kölner Oberbürgermeistern



Bekanntheit Kölner Lokalpolitiker 1969 und 2014



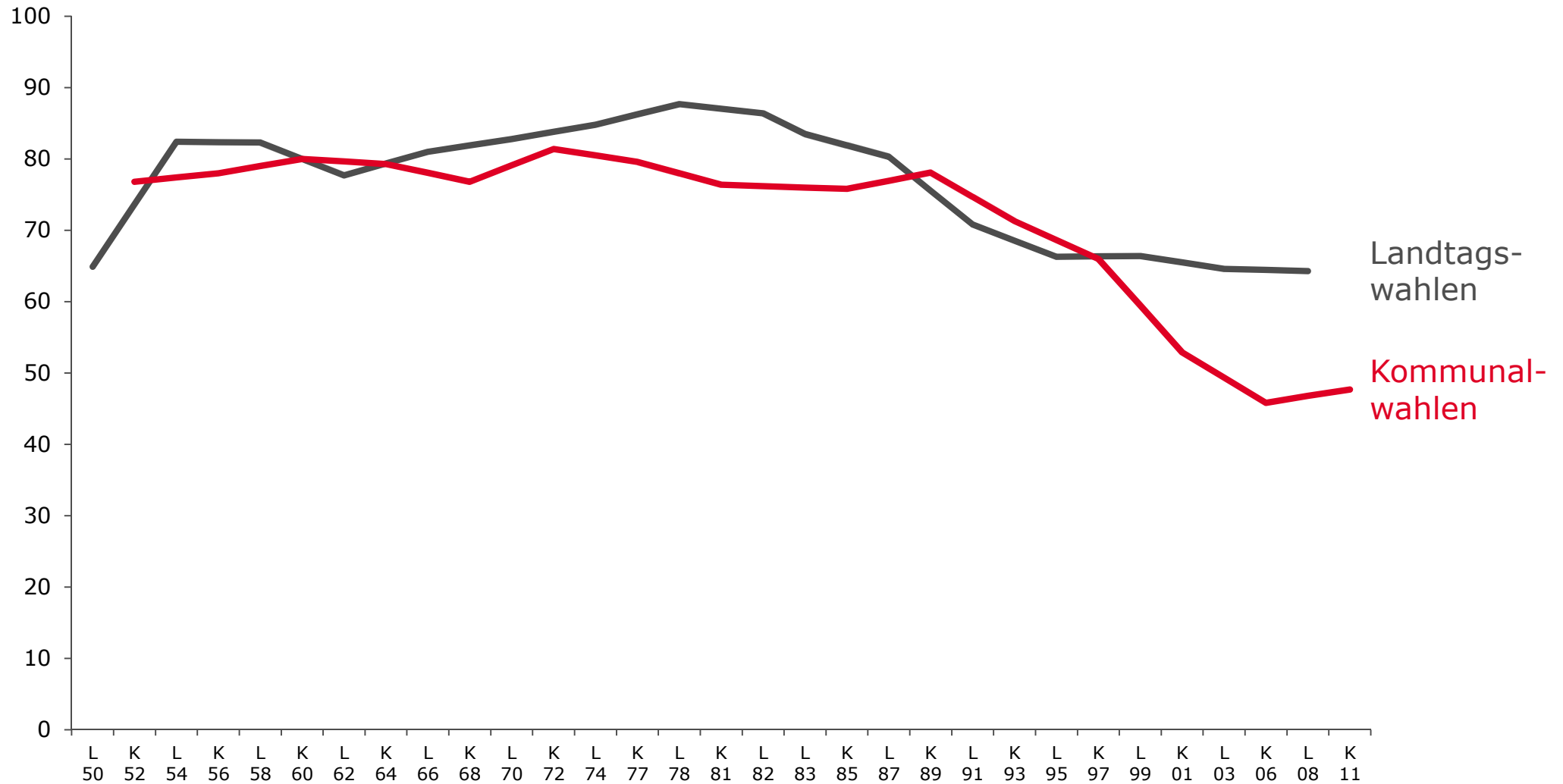
Weitere Gründe für die Entfremdung zwischen Politikern und Bürgern auf lokaler Ebene

- ➔ Experimente mit dem Wahlrecht
(am Beispiel Hessens und Hamburgs)

Beispiel Hessen

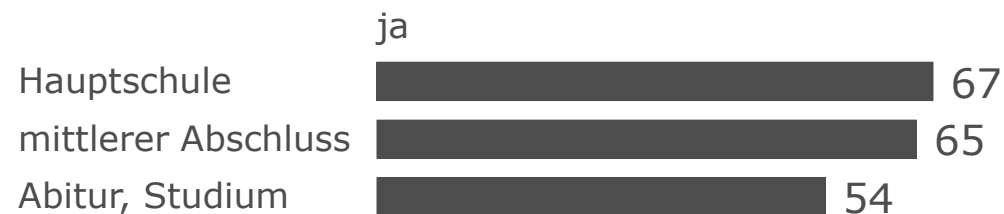
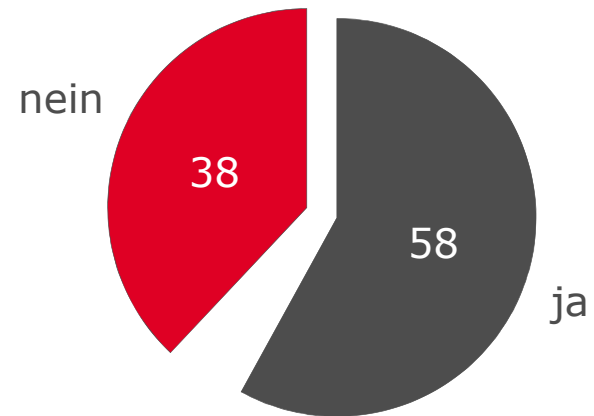
- ➔ bis 1989 hohe Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen mit einem Verhältniswahlrecht
- ➔ seit 1993 vielfältige Änderungen des kommunalen Wahlrechts (zuletzt Einführung: Kummulieren und Panaschieren)
- ➔ Die Folge: Anstieg des Anteils der Nichtwähler und der ungültigen Stimmen

Wahlbeteiligung bei Landtags- und Kommunalwahlen in Hessen 1950 bis 2011



Einschätzung zum Wahlverfahren in Hessen (Befragte in Frankfurt am Main)

Das Wahlverfahren finden zu kompliziert



Anstieg der ungültigen Stimmen bei Kommunalwahlen in Hessen seit 1989

Anteil
ungültige Stimmen

Kommunalwahlen
1972 bis 1989
(Durchschnittswert)



Kommunalwahl
2011



+ 189 %

Anstieg der ungültigen Stimmen bei den Bürger-schaftswahlen in Hamburg und Bremen

➔ nach Änderung des Wahlrechts stieg der Anteil der ungültigen Stimmen

⇒ in Hamburg von 1,0 % (2008) auf 3,0 % (2011)

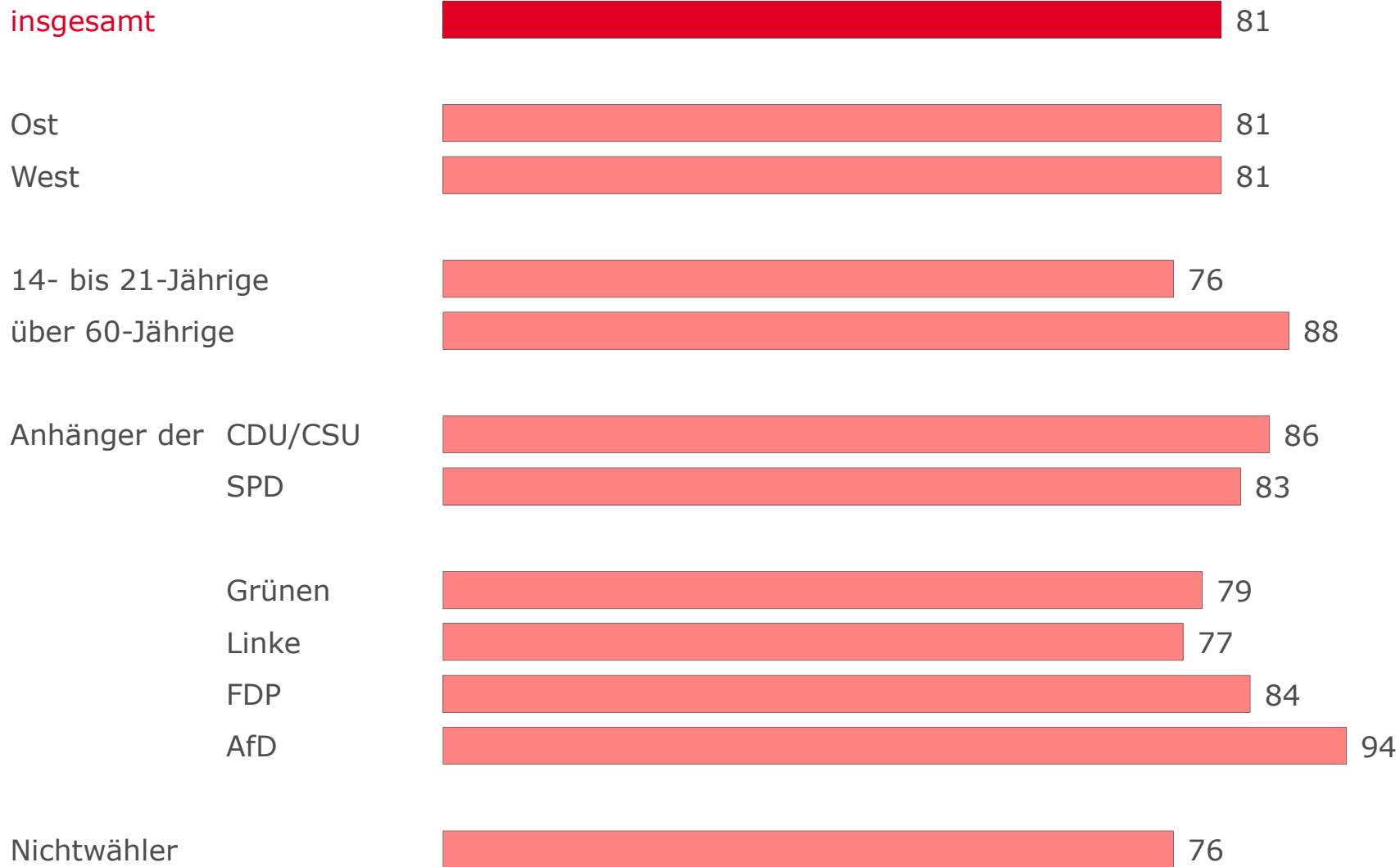
⇒ ein Anstieg um 200 % !

⇒ in Bremen (Land) von 1,4 % (2007) auf 3,3 % (2011)

⇒ ein Anstieg von 136 % !

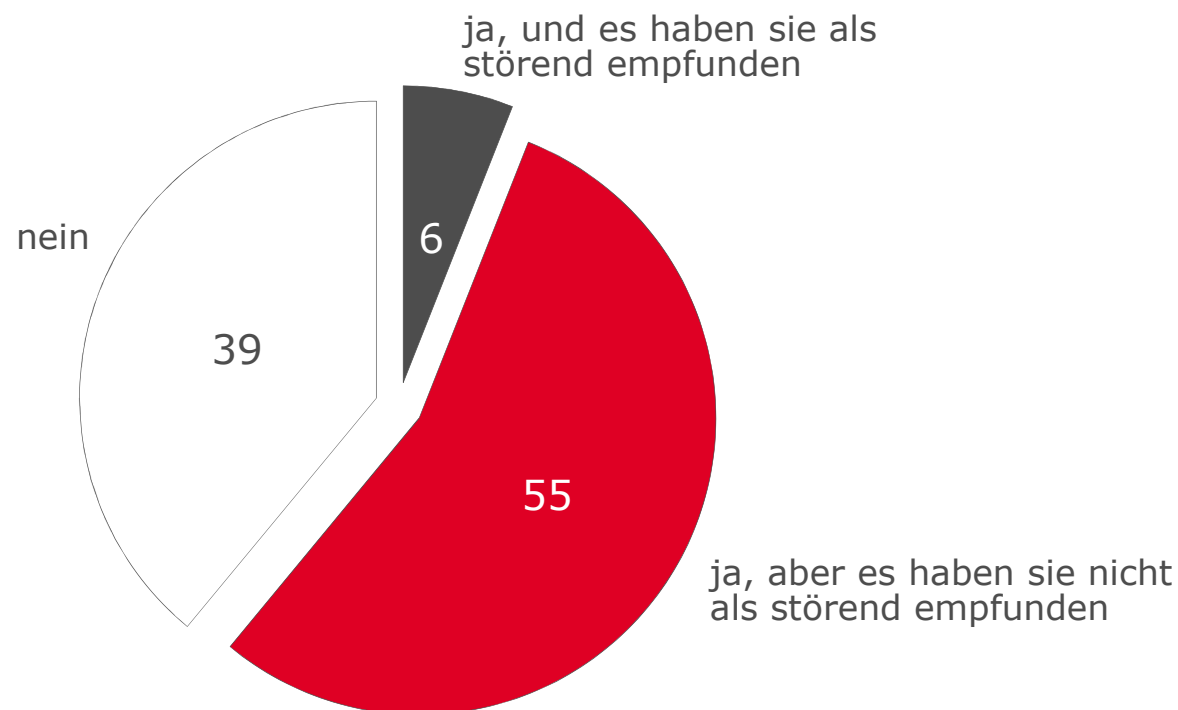
Die zwischen Politik und Bürgern eingetretene
Entfremdung hat mit der aktuellen Diskussion
über die Flüchtlinge nichts zu tun;
dennoch: ein kurzes Wort zu dieser neuen
„Herausforderung“

Wer empfindet die Zuwanderung als großes Problem?



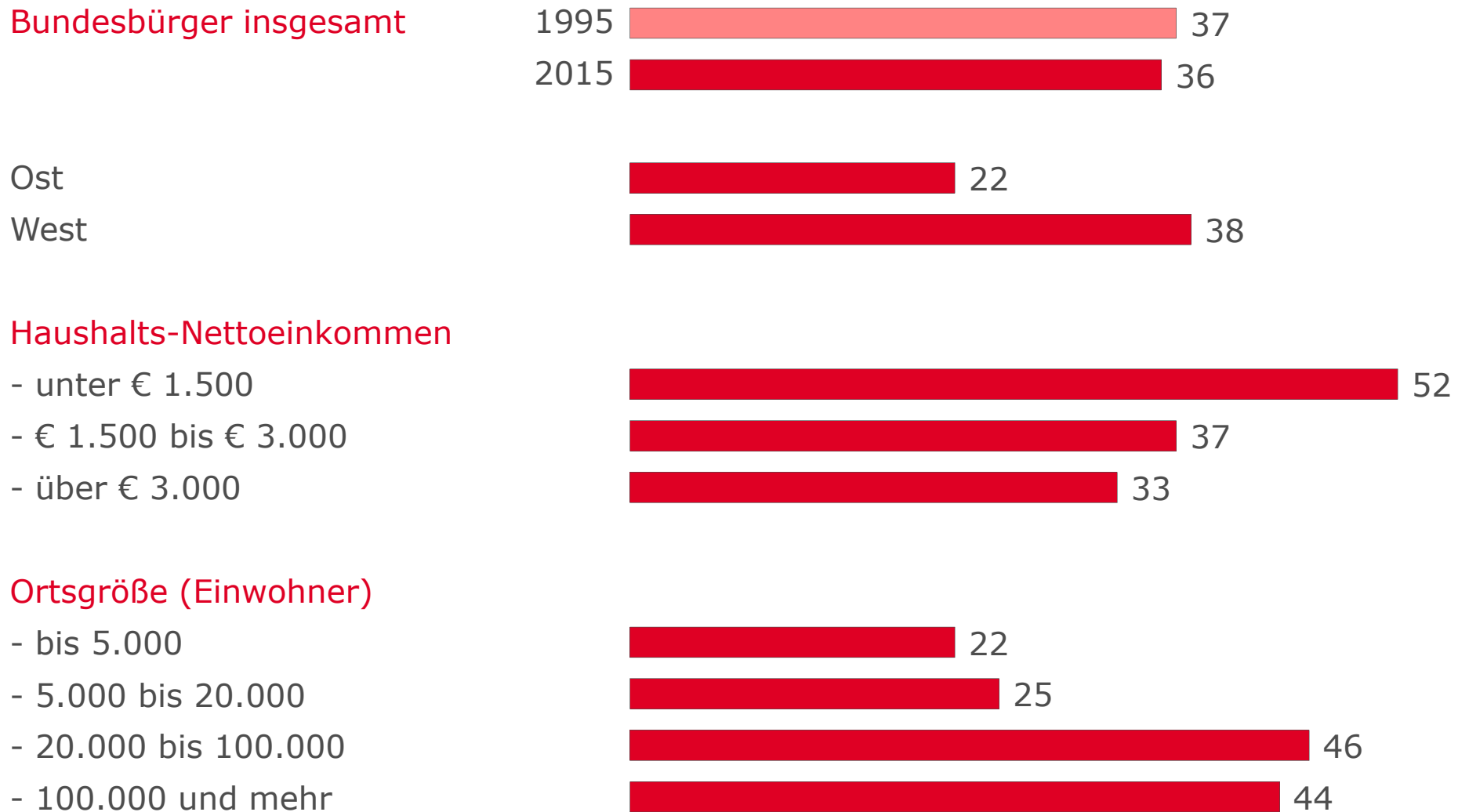
Wahrnehmung von Flüchtlingen in der Wohngemeinde

Es haben in ihrer Stadt bzw. Gemeinde schon etwas von den vielen Flüchtlingen bemerkt



Einschätzung der Zahl der in der Wohngegend wohnenden Ausländer

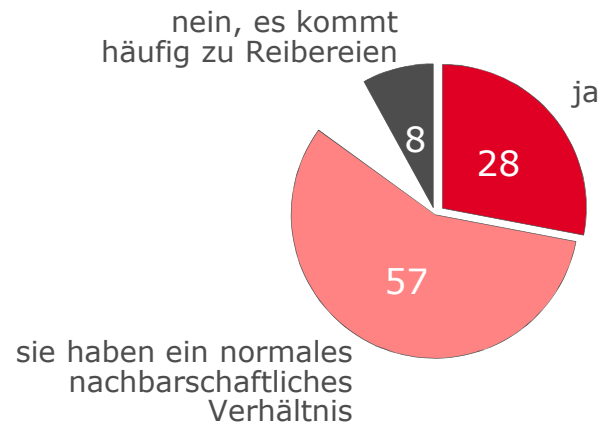
In der Wohngegend wohnen viele Ausländer



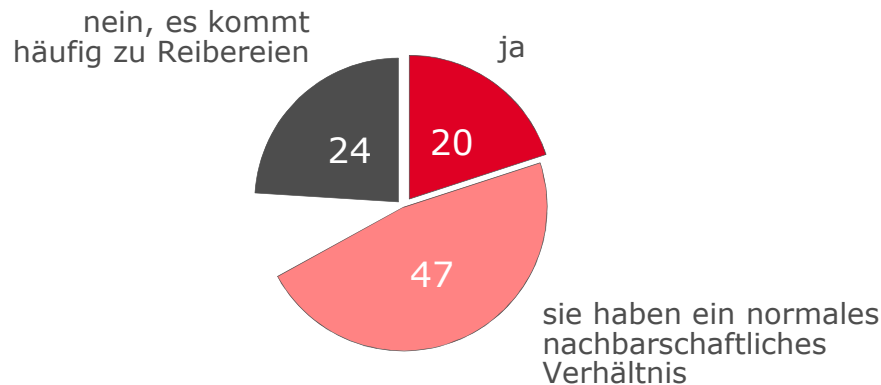
Das Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern

Deutsche und Ausländer kommen in der Wohngegend gut miteinander aus

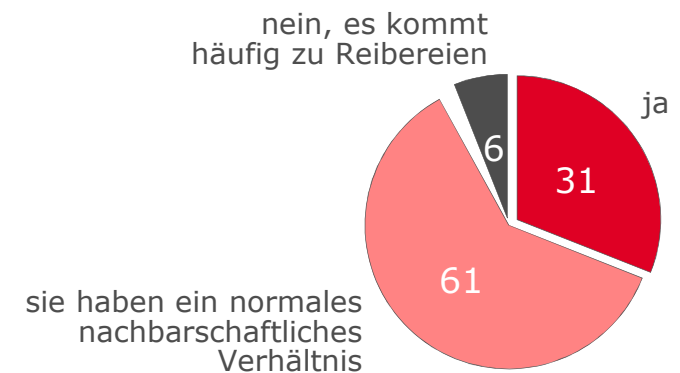
Deutschland insgesamt *)



Ost *)



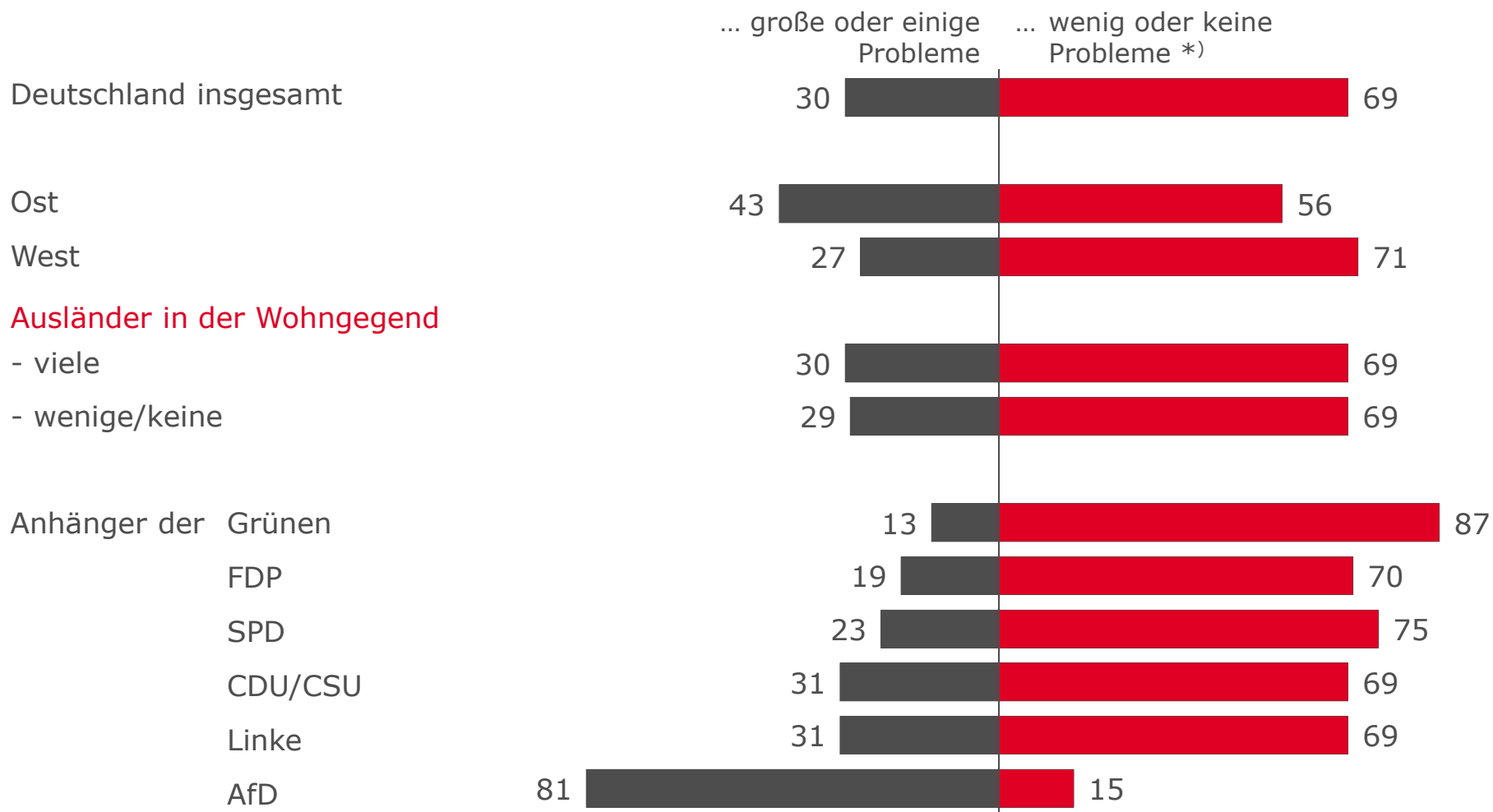
West *)



*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Meinungen zu einem Flüchtlingsheim in der Wohngegend

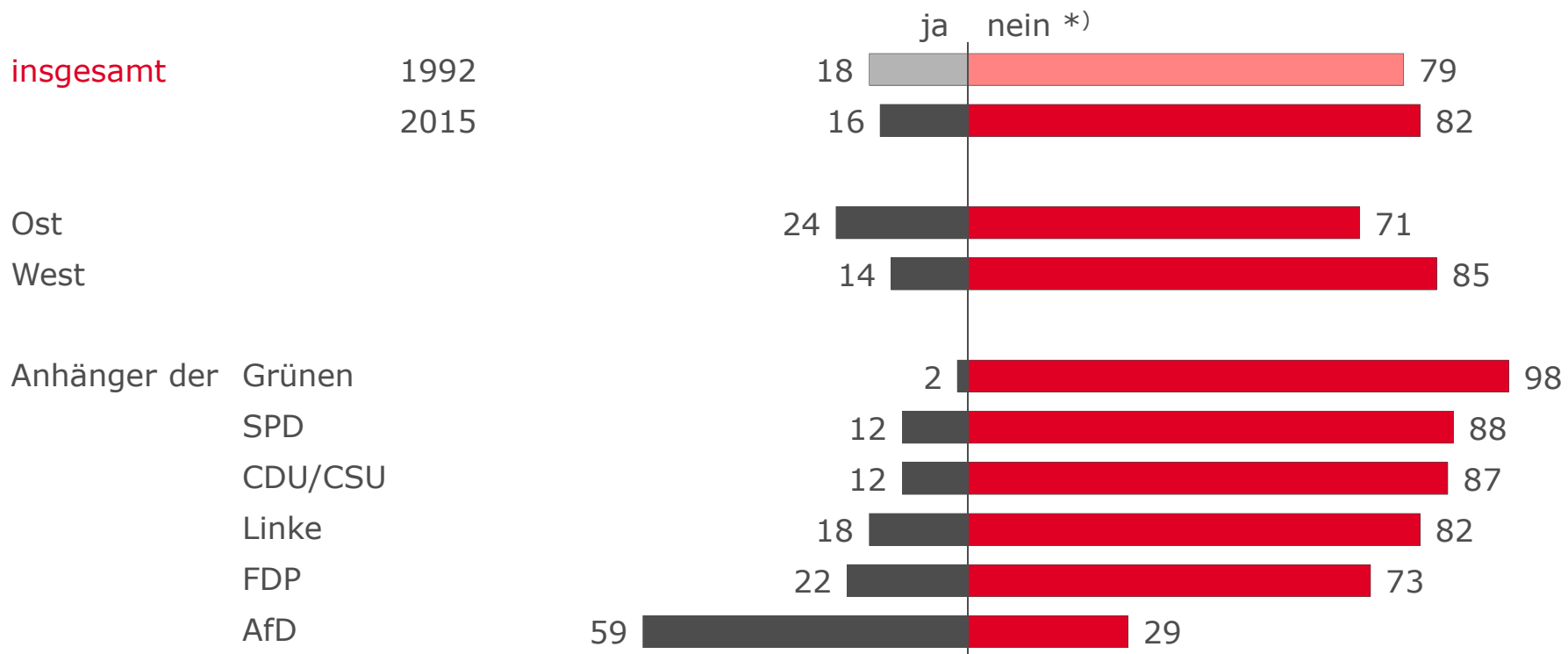
Mit der Einrichtung eines Flüchtlingsheims in ihrer Wohngegend hätten ...



*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Verständnis für Angriffe auf Asylbewerberheime

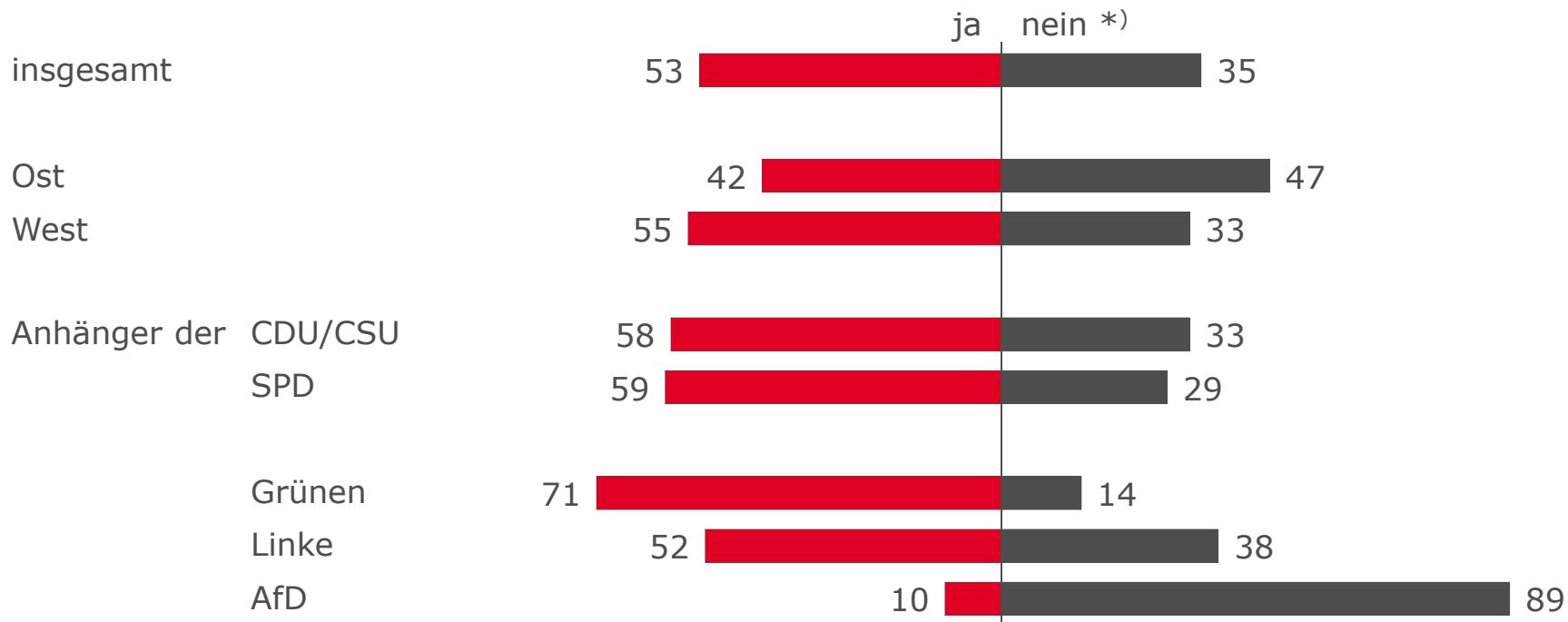
Für Angriffe auf Asylbewerberheime
haben Verständnis



*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Integration der Flüchtlinge?

Die Flüchtlinge, die Asyl erhalten, werden sich mittelfristig gut in unsere Gesellschaft integrieren



*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Kurzes Fazit: Flüchtlinge

- ➔ Der Flüchtlingszustrom wird generell als großes Problem gesehen

- ➔ Negative Erfahrungen mit Flüchtlingen vor Ort hat bislang nur eine Minderheit gemacht

- ➔ generelle Ambivalenz in Bezug auf Zuwanderung:
 - ↳ mit dem „Kopf“ (rational) hält man Zuwanderung für erforderlich und nützlich
 - ↳ mit dem „Bauch“ (emotional) möchte man möglichst wenige Ausländer und fürchtet negative Folgen der Zuwanderung

Unabhängig von der weiteren Diskussion über die Flüchtlingsfrage bleibt die generelle Entfremdung zwischen Bürgern und Politik ein Problem; deshalb zum Schluss noch ein kurzer Blick auf die erkennbaren Gründe für die steigende Zahl der Nichtwähler

Gründe für die steigende Zahl von Nichtwählern

- ➔ **FALSCH:** „Apathie aus Zufriedenheit“
- ➔ Unmut über politische Akteure
 - ⇒ haben kein Ohr mehr für die Sorgen und Nöte der Menschen
 - ⇒ reden unverständlich
 - ⇒ streiten zu viel
 - ⇒ orientieren sich an Meinungen von Minoritäten
- ➔ Medien berichten zu wenig über die Befindlichkeiten der Mehrheit der Bürger ⇒ Gefahr einer „Diktatur von Minoritäten“

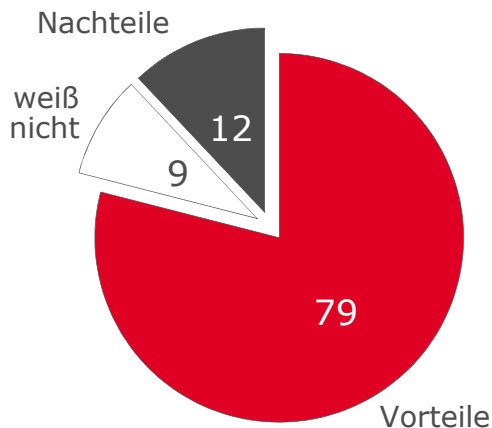
Beispiele für eine solche „Diktatur der Minoritäten“

Persönliche Meinungen zum Ausbau der A 39 und die vermuteten Einstellungen der „anderen“ zum Ausbau der A 39

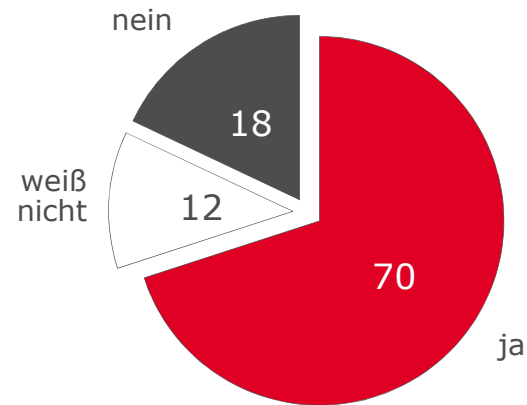
In den Medien überwiegen die Berichte über die Ausbaueegner und deren Gründe; doch die Bürger sehen das anders:

Aufgrund der Berichterstattung in den Medien vermuten aber nur knapp die Hälfte der Bürger in der Region, dass eine Mehrheit in der Region den Ausbau der A 39 befürwortet

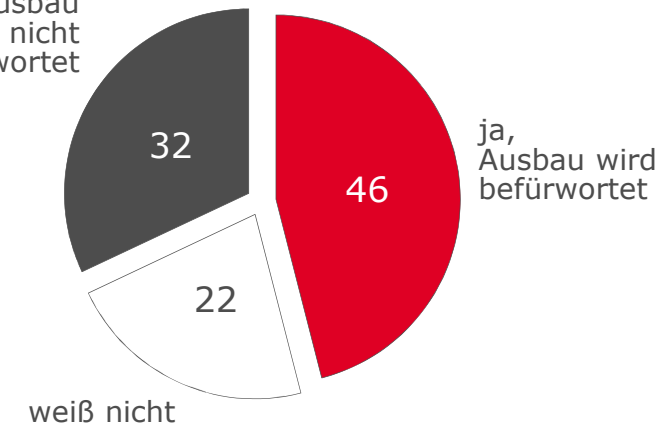
Der Ausbau der A 39 bringt für die Region insgesamt eher



Es sind für den Ausbau der A 39 zwischen Lüneburg und Wolfsburg

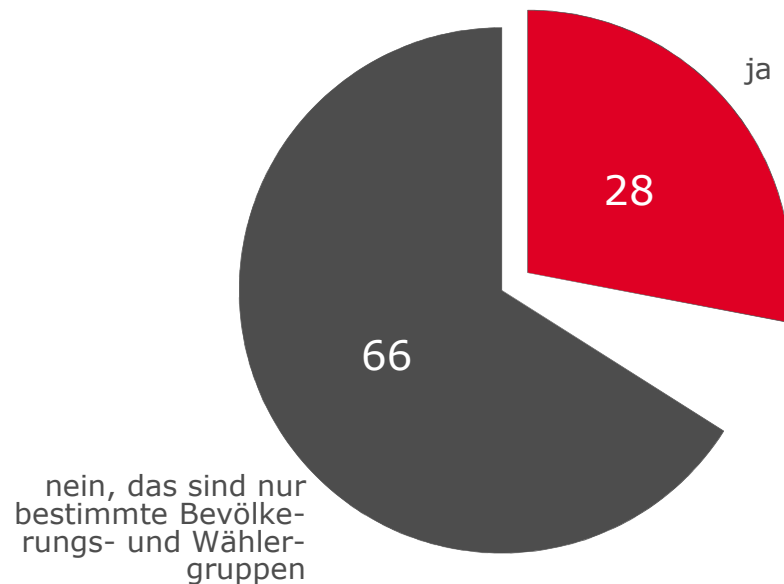


nein, Ausbau wird nicht befürwortet

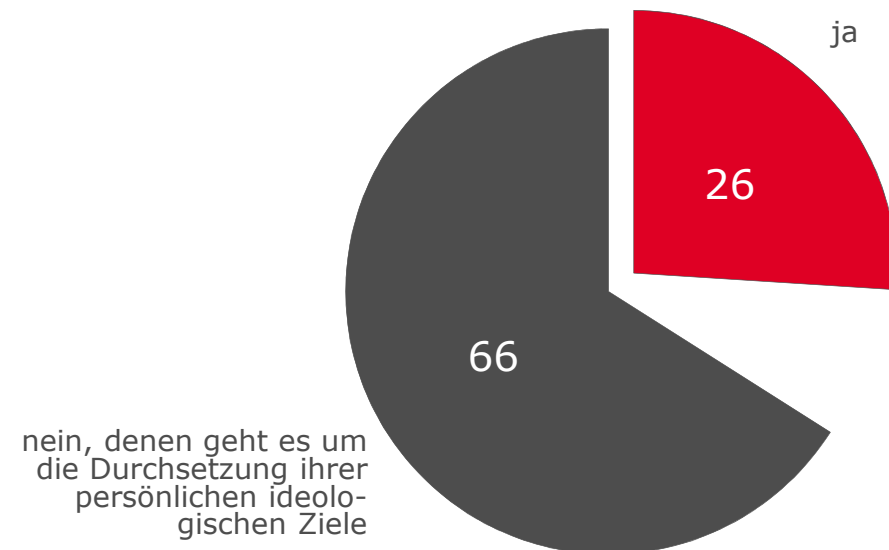


Meinungen der Bundesbürger über die Kohle-Kritiker

Die in der öffentlichen Diskussion geäußerten Vorbehalte gegen Kohlekraftwerke werden von der Mehrheit der Bevölkerung geteilt



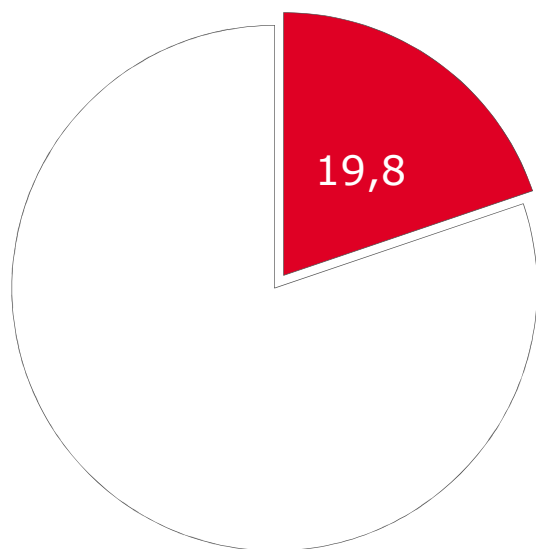
Den Kritikern der Braunkohle geht es um die Interessen der Bürger insgesamt



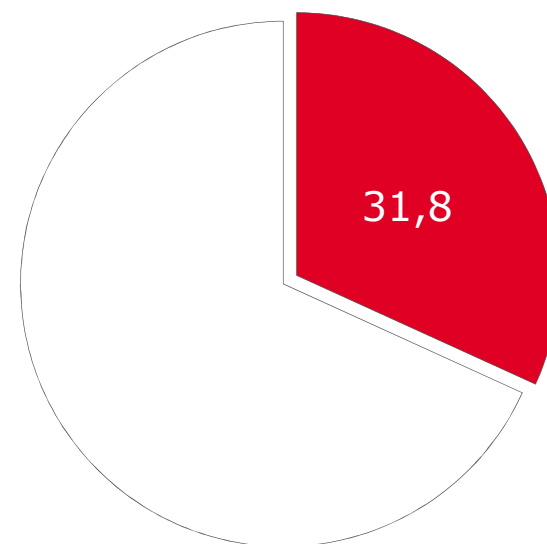
In Baden-Württemberg: Wut gegen die „Wutbürger“

Bei der Volksabstimmung über „Stuttgart 21“
stimmte nur eine Minderheit gegen den
Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs

im Land Baden-Württemberg

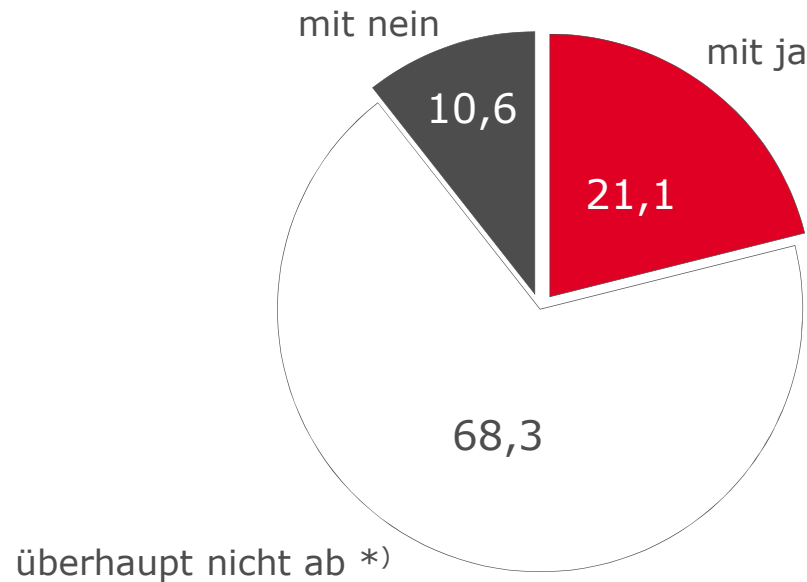


in der Stadt Stuttgart



Das Hamburger Wahlrecht: Von einer kleinen Minderheit durchgesetzt

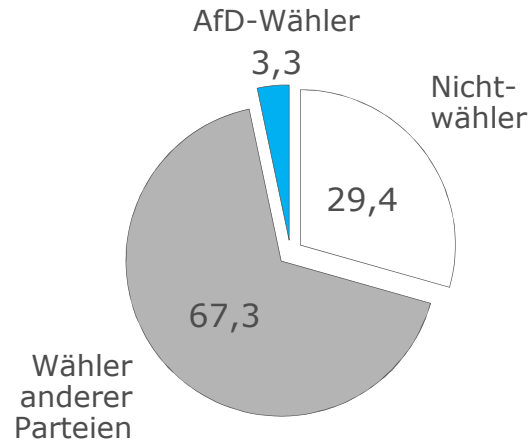
Beim Volksentscheid „Änderung des Hamburger Wahlrechts“ 2004 stimmten von den Wahlberechtigten



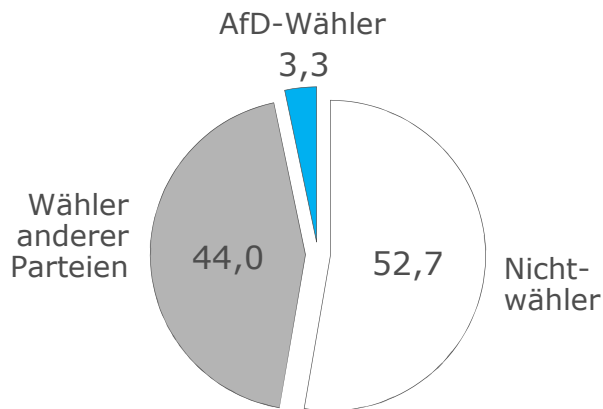
*) einschließlich ungültige Stimmen

Nichtwähler *) und Zahl der AfD-Wähler

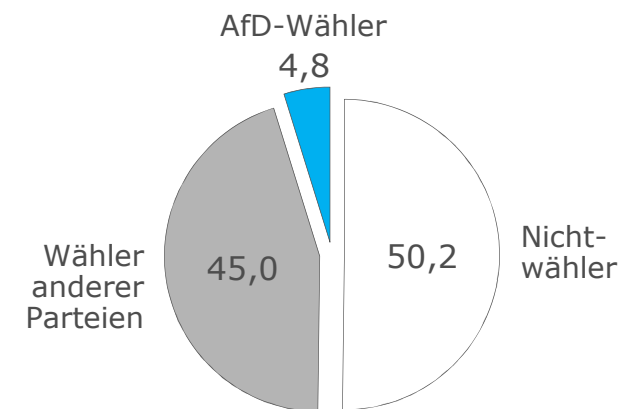
Bundestagswahl 2013



Europawahl 2014



Landtagswahlen 2014/2015



*) einschließlich ungültige Stimmen

Erkennbare Reaktionen der Politik auf Nichtwähler richtig?

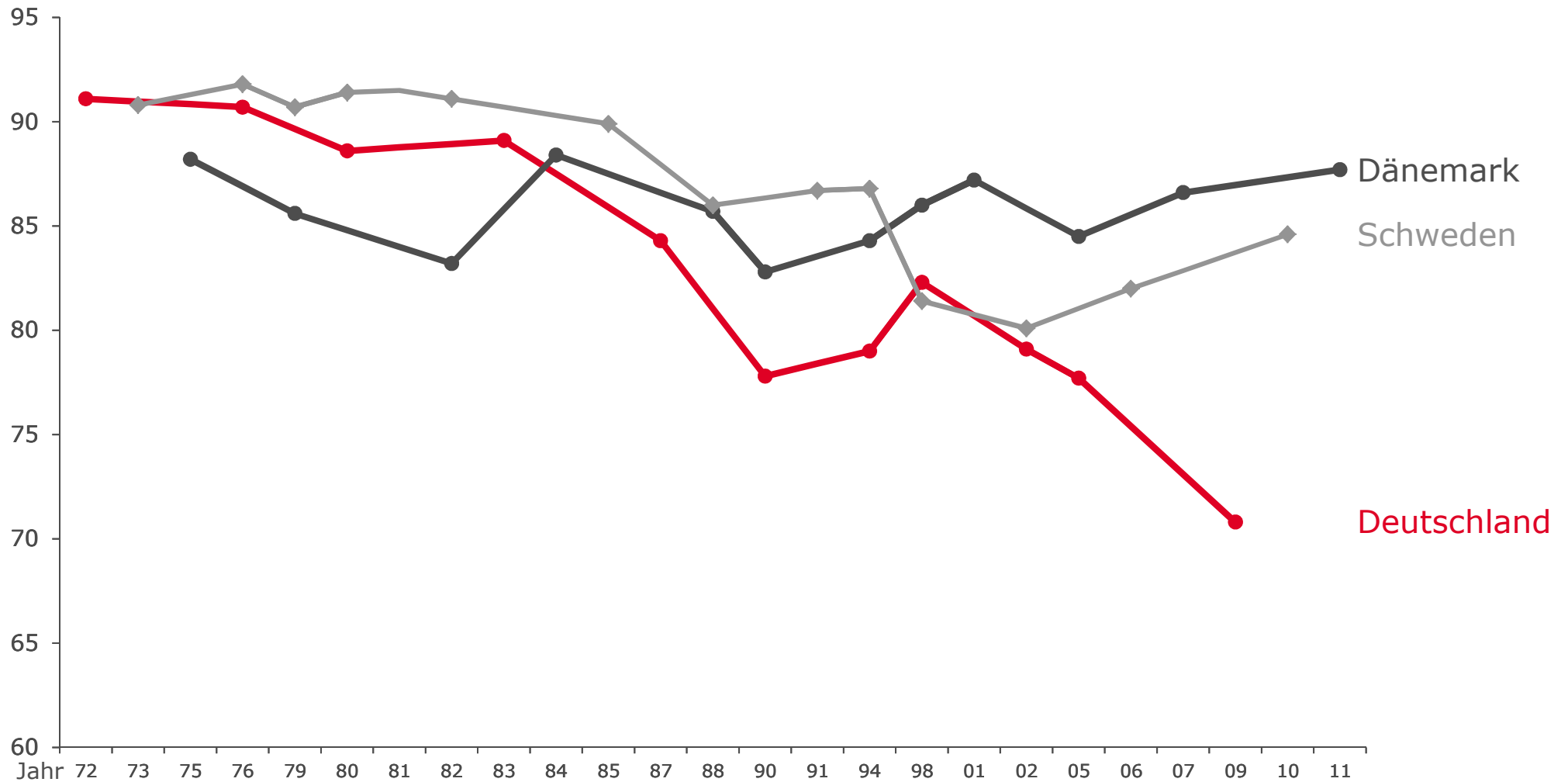
➔ z. B. FES-Tagung „Wahlen und Demokratie“ im Mai 2015

⇒ Veränderungen des Wahlrechts, „um mehr Auswahlmöglichkeiten zu schaffen“ durch „offene Listen, Kumulieren und Panaschieren“, „Einführung von Nebenstimmen“ sowie „Etablierung anderer Orte oder Formen der Stimmabgabe“

Völlig falsche Empfehlungen der FES

- ➔ Nichtwähler beklagen keinesfalls unzulängliche bisherige Möglichkeiten der Stimmabgabe
- ➔ bisherige Experimente (z. B. Hamburg, Bremen, Hessen) erhöhen die Zahl der Nichtwähler und der ungültigen Stimmen
- ➔ Hände weg vom Wahlrecht; besser orientieren an Vorbildern wie Dänemark oder Schweden!

Entwicklung der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in Deutschland, Folketing-Wahlen in Dänemark und Riksdag-Wahlen in Schweden



In Dänemark stärkere Konsens-Orientierung, die den Erwartungen der Menschen entgegenkommt und - bei aller Kritik an der Politik - weniger „Häme“ in der Medienberichterstattung.

Außerdem: Hoher Stellenwert des Wahltags!

Zum Schluss

- ➔ Die „**neue Rechte**“ in Deutschland ist nicht stärker, sondern (mit Ausnahme der neuen Länder) eher schwächer als in den 1960er und 1980er/1990er Jahren
- ➔ Das Problem ist die große Entfremdung zwischen Bürgern und Politik, weil viele Menschen das Gefühl haben, die Politik kümmere sich nicht mehr um ihre wirklichen Sorgen
- ➔ Politik und Medien wären gut beraten, nicht Modetorheiten zu folgen oder sich von einer Diktatur von Minderheiten beeinflussen zu lassen
 - ↳ Merke: „**Wer den Zeitgeist heiratet, wird schnell Witwer**“
(Søren Kierkegaard)

Vielen Dank!

Prof. Manfred Güllner
forsa
Gesellschaft für Sozialforschung
und statistische Analysen mbH
Schreiberhauer Straße 30
10317 Berlin

Telefon: 030. 6 28 82-0
E-Mail: info@forsa.de

